

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Frühjahrsschrift: Tageblatt Riesa.
Heftzettel Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Staatsanwaltschaft beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postleitzettel: Dresden 1530,
Girofasse Riesa Nr. 52.

Nr. 44.

Mittwoch, 21. Februar 1923, abends.

76. Jahr.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 18 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 1900.— Markt einschl. Bringerlohn. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags auszugeben und im voraus zu bezahlen; eine Bewährung für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 30 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 180.— Markt: zweiseitige und tobbalzartische Satz 50%, Aufdruck: Nachdruckungs- und Verbreitungsbereich 20.— Markt. Post: Postkarte. Bewilligter Rabatt erhält, wenn der Betrag verfällt, durch Abzug eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Zahlungszeit: Riesa. Schädige Unterhaltungsbeiträge: Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstige irgendwelche Störungen des Betriebs der Druckerei bei Lieferungen oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsordnung und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Höhnel, Riesa; für Angelegenheiten: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Der Bezirksoberstehender hat in Abänderung des § 7 letzter Absatz der Ordnung für die Mittelstuhlgäste der Amtshauptmannschaft als untere Altersgrenze für die Bevölkerung statt des vollendeten 30. das vollendete 25. Lebensjahr festgesetzt.

Großenhain, am 16. Februar 1923. 189 W. A. Amtshauptmannschaft.

Holzversteigerung auf Rittergutsflur Riesa.
Donnerstag, den 1. März d. J., vormittags 10 Uhr gelangen im Galhof "Zum Stern" in Riesa
ca. 150 Eichen bis 40 cm Mittenstärke,
ca. 70 Roten Eichen bis 45 cm Mittenstärke.

meistbietend gegen Vorzahlung zur Versteigerung. Nächste Auskunft und Verzeichnisse durch den Unterzeichneten.

Nachmittag 12 Uhr Fortsetzung der Versteigerung von
ca. 80 cm eisene und erlene Ruk- und Brennholze und Knüppel,
ca. 40 Haufen Abram-Riesa, so. wie Stockholz zum Selbstzonen.

Zusammensetzung: Rittergutswiese Alte Paulis.

Der Rat der Stadt Riesa, am 21. Februar 1923.

Herliches und Sächsisches.

Riesa, den 21. Februar 1923.

* Dienststudium. Herr Gerichtsvollzieher Arthur Höhnel konnte heute das 25-jährige Dienststudium beenden.

* Versammlung im Landeskonsistorium. Am 1. April tritt das Landeskonsistorium wieder in den Ruhestand. Es wurde 1853 in Bischofswerda geboren und war vor seiner Berufung ins Landeskonsistorium Pfarrer und Superintendent in Großenhain. An seine Stelle tritt Superintendent Gläsel aus Plauen.

* Fleischware. Die Preissprüfungskommission hat gemeinschaftlich mit der bisschen Fleischer-Abteilung folgende Preise für die Zeit vom 21. bis mit 27. d. M. festgestellt: Schweinefleisch von 3000 M. an, Kalbfleisch von 3000 M. an, Schweinefleisch von 4000 M. an.

* Einwohner wurden vergangene Nacht einem Einwanderer in Wach mittels Einbruchs 11 Bettbezüge, 17 Männerbetten, 11 Frauenbetten, 1 Tischdecke, eine größere Anzahl Kinderbetten und Bettwischer, Koffer- und Speiselöffel, 1 Kindermantel und 1 Herren-Ulversack. Die Bettwäsche ist geschichtet M. L und B. D. Für die Wiederherstellung der gestohlenen Gegenstände und Erstattung des Täters ist eine Belohnung von 100.000 Mark ausgeschrieben. Nachricht über etwaige Wahrnehmungen erbittet die bissche Polizei.

* Robert-Schumann-Nacht. Zur Vorbereitung der Ausführung von Robert-Schumann's großem Werk „Das Paradies und die Perle“, die am 27. April d. J. stattfinden wird, veranstaltet der Chorverein zwei zusammenhängende Robert-Schumann-Nächte, deren erster nächster Freitag (1. Februar) stattfinden wird. Nach einer Erläuterung zu Schumann's Leben und Schaffen werden Johanna Fischer-Bansat und Horst Krause Bieder und Duette und Hans-Heinrich Schneider und Carl-Heinz Schönhaar die Pavillons, den Corneval und die Bilder aus dem Osten zum Vortrag bringen. — Der 2. Robert-Schumann-Nacht am 9. März verzichtet Kammermusik (Streichquartett mit Staatskapellmeister Kurt Striegler am Flügel). Die Abende finden in der Aula der Oberrealschule statt. Karten für Mitglieder und Nichtmitglieder bei Job. Hoffmann, Johannes Böller und an der Abendkasse.

* Lehrklausurausbildung in der Landwirtschaft. Die Berufsbildungsstelle des Arbeitsamtes der Stadt Leipzig hat, gestützt auf den einstimmigen Beschluss des bei ihr bestehenden Hochausschusses für Landwirtschaft, in dem alle landwirtschaftlichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer-Organisationen vertreten sind, die Einrichtung landwirtschaftlicher Lehranstalt genommen. Den wesentlichen Inhalt des Vortrages bilden folgende Bestimmungen: Der erste Monat gilt als Probezeit, in der das Lehrverhältnis von beiden Seiten federfrei aufgelöst werden kann. Die Lehrmeister werden nach Begutachtung durch die örtlichen Verbände endgültig von den Spartenorganisationen bestätigt und verpflichten sich, dem Lehrling Familienanschluss sowie Verpflegung, Unterkunft (einschließlich Bett und Reinigung der Wäsche) zu gewähren, dazu eine monatliche Entschädigung, die den jeweiligen tariflichen Vereinbarungen entspricht. Bei der Berufsbildungsstelle liegt eine große Anzahl Meldungen Jugendlicher vor, die als Lehrling eintreten möchten, so dass Bedarf an Lehrstellen besteht. Da die Landwirtschaft nachhaltig über Mangel an qualifizierten Arbeitskräften klagt, wäre es bedauerlich, wenn von der Möglichkeit, geeigneten Nachwuchs heranzubilden, nicht Gebrauch gemacht würde. Auskunft über die Einrichtung geben: Der Landbau e. V., Leipziger Straße 13, Deutscher Landarbeiter-Verein, Leipziger Straße 17, Zentralverband der Landarbeiter, Leipzig, Dörrstrasse 3. Der Text des Lehrvertrages kommt von der Berufsbildungsstelle für Leipzig und Umgebung, Leipziger Rudolphstraße 2/11, bezogen werden, wobei ein netto gegen prompte Kasse abfaßt.

* Netto gegen prompte Kasse abfaßt. Die Dresdner Handelskammer erwiderte auf die Frage eines Gerichts über die Bedeutung der Abrede „Sämtliche Preise verstehe ich netto gegen prompte Kasse abfaßt“ etwa wie folgt: Der Käufer habe keinen Anspruch auf Einziehung durch Nachnahme oder auf Abnahme vor Verkauf. Die Zahlung habe vielmehr nach Erhalt der Ware, allerdings sofort und ohne Abzug, zu erfolgen. („Netto gegen prompte Kasse“). Im übrigen trafen den Käufer alle Kosten, wie Verwand und Fracht, die durch die Auslieferung außerhalb der Fabrik entstanden. (abfaßt).

* Die Heilkraft des Schwedelsattes. Von den meisten Hausfrauen wird die Schwedel nur als Rübenwürze geschätzt. Von ihrer heilkundlichen Wirkung auf die verschiedenen Organe wissen sie wenig oder nichts. Dabei ist aber Schwedel, ob sein gekochtes oder gebraten genossen, ein vorzügliches Mittel, um Gase und Bildungen aus dem Körper zu treiben. Sie fördert aber auch die Verdauung, wirkt mit ihrem Schweißgehalte äußerst wohltätig auf die Nervengefäße des Unterleibes, verbaut die Bildung von Gallensteinen oder Grieß, reinigt das Blut und ist das beste Mittel gegen die Schmarotzer des Darmes.

* Kreditbeschaffung für Schulgäste. Mit einer jetzt vom Landtag ausgearbeiteten Vorlage er-

Heutiger Dollarkurs (Mittelkurs): 22942 M.

sucht die Regierung um Zustimmung dazu, dass die Regierung Staatsmittel bis 50 Millionen Mark in Anspruch nimmt, um Schulzinsen Kredit für Schulzutaten zu beschaffen, wobei die Hilfe grundsätzlich durch Nehmung der Bürgschaft und nur ausnahmsweise durch unmittelbare Darlehenbildung zu gewähren ist.

* Gröba. Offizielle Sitzung des Schulauschusses findet am Donnerstag, den 22. Februar, nachmittags 7 Uhr im Sitzungssaal der Realschule statt. Die Beratungsgegenstände sind im Gemeindeamt an der Anschlagsfelde ersichtlich.

* Großenhain. Ein Hauseigner von Eier und Butter wurde am Freitag, abend 17 Uhr auf bisschem Berliner Bahnhof mit 38 Stück Butter und 445 Eiern angebaut. Die Waren sollten nach Niederschönig gebracht werden. Der in einem Nachbarorte wohnende Mann hatte Butter und Eier für eine Händlerin in Niederschönig aufzukaufen, die sie hier in Großenhain in Empfang nahm. Butter und Eier wurden dem Wohlfahrtsamt zur weiteren Verfügung übergeben.

* Mügeln. Am Sonnabend wurden auf dem Bahnhof 14½ Stück Butter und eine größere Anzahl Eier bei einer Händlerin aus Chemnitz vorgefunden. 10 Stück Butter waren mit P. bezeichnet und stammten aus einem Ort der näheren Umgebung, wo für das Jahr 2500 M. bezahlt worden sind. Eier wurde beißt angenommen und der Molkerei Mügeln zum Verkauf übergeben. Dort wurde durch Nachwiegen ein Kindergewicht von 50 Gramm pro Stück = 500 Gramm insgesamt festgestellt. Die Händlerin ist nicht im Besitz der erforderlichen Handelsgenehmigung.

* Nossen. Gerade, als von Deutscherbora der Personenzug 1512 und von Nossen der Güterzug 6053 im Jahre waren, fuhr auf der steilen Diezhauer Straße am Sonderberg ein Knaue in voller Fahrt mit seinem Schlitten die Straße herab gegen die geschlossene Bahndurchfahrt. Der Knaue wurde auf das Gleis geschleudert, konnte sich aber selbst noch, ehe der Personenzug herau war, in Sicherheit bringen.

* Dresden. In der Zeit vom 10.—12. und in der Nacht zum 18. 2. wurden von den Gebäuden des Landhauptamtes in Moritzburg insgesamt 11 Platin-Wähleleiterplatten im Gesamtwerte von 7 Millionen M. gestohlen.

* Dresden. Der Polizei gelang es, die Einbrecher zu ermitteln und festzunehmen, die in der Nacht zum 30. Januar auf einem Tiefgarage in der Ringstraße für 14 Millionen Mark Ecke gestohlen hatten. Von den gestohlenen Ecken konnte ein großer Teil wieder herbeigeschafft und der geschilderten Firma ausgebündigt werden. Ferner wurden von der Kriminalpolizei sieben Personen ermittelt, die in letzter Zeit in Vorstadt Briesen, Trachenberge und der Leipziger Vorstadt für mehrere hunderttausend Mark Wette, darunter Abfälle von Eisenbahnschienen usw. gehoben hatten.

* Pirna. Um die Zwangswirtschaft im Gastgewerbe abzuwenden, bat der Bezirksverband der Gastronomie in der Amtshauptmannschaft Pirna freiwillig eine Anzahl Belehrungen beizustellen, bei deren Innehaltung die Zwangswirtschaft nach Anlage des Ernährungsministers unterbleiben soll. Aus den eingegangenen Verpflichtungen, deren Übertretung Ordnungsstrafen bis zu einer Million Mark nach sich ziehen, seien folgende hervorgehoben: Es darf keinem Gaeste zu einer Mahlzeit mehr als ein Hauptgericht aus Fleisch, Butter darf weder zum Frühstück noch zu anderen Mahlzeiten, Eier und Käsepeisen durften zum Frühstück nicht verabsolt werden. Französische und belarische Gäste werden in Hotels nicht aufgenommen, auch dürfen solche Belehrungen nicht ausliegen und keine französischen oder belarischen Werte oder Noten in Zahlung genommen werden. Französische Weine, Vitore und Lebensmittel werden weder vor noch nachgezahlt.

* Kamenz. Eine Hochstaplerin, wie sie sonst nur das Großstädtchen aufweist, gab im benachbarten Hoyerswerda eine Botschaft. Die elegant gekleidete junge Dame mit brauner Weste war seit Anfang Februar Kinderfrau bei dem Landrat Dr. Venio. In den vierzehn Tagen ihres Dorfes hatte sie ihre Augen jedenfalls nur auf Autokette und Wertgegenstände ihrer Herrlichkeit gerichtet, um sich der Gelegenheit der Saden anzunehmen. Als die Herrlichkeit dieser Tage anschwärzte war, packte sie alles, was sie erreichen konnte, wie Gold und Silberzuck von oben, unerreichbarem Wert, sowie Bargeld, leidende Kleider usw., ein und verließ es in einem von Bauen befestigten Auto. Mit dem Kraftwagen fuhr dann das „Kinderträume“ nach Cottbus, wo sich die Spur der Diebin verlor. Bissher konnte sie noch nicht gefasst werden. Aus ihrem schlimmen Verlobnis mit einem Dresdner Herrn erfuhr man, daß sie diesem einen Brillantring entwendet hatte und auch von diesem gefasst wird.

* Sorau. Gegen zwei gewerbsmäßige Milchpanischer verüngte das Schöffengericht empfindliche Strafen. Angeklagt war der Molkereibesitzer Essenberg aus Sorau und seine Ehefrau. Das Gericht erkannte unter Bezugnahme auf das Gutachten des Professors Baier von der Landwirtschaftskammer des Provinz Brandenburg gegen die

Obeliste auf zwei Jahre und drei Monate Gefängnis und eine Geldstrafe von einer Million Mark.

* Neustadt. Ein wertvoller Hund wurde vor einigen Tagen einem bissigen Einwohner gestohlen. Es besteht der Verdacht, daß das Tier den Weg aller feiner bis jetzt weggefundenen Artenhosen aus dem sächsischen Grenzbereich gewandert ist, nämlich zu irgendeinem jenseits der Grenze wohnenden Hundeschläger. Wie dieses Gewerbe blüht, beweist eine Anzeige in einer Nachbarszeitung, die etwa folgenden Inhalt hatte: „Große, teure Hunde zum Schlachten zu kaufen gelingt. Gabie bis zu 100.000 Mark.“ Unterwirksamkeit hatte sich ein Einwohner.

* Hainichen. In einer Wettbewerbskarte wurden von der Schuhmannschaft mehrere Versionen beim Glückspiel besiegt. Die hohen Geldbeträge, die jeder Spieler auf dem Schuhmannschein liegen hatte, sowie die Spielkarten wurden beschlagnahmt.

* Chemnitz. Das „Chemn. Tagebl.“ stellt in einem Beitrag fest, daß Chemnitz in beginn auf zeitgemäße Verbindungen das Niederschöpfel aller deutschen Großstädte ist, und kennzeichnet diesen Zustand für den Mittelpunkt des sächsischen Industriezentrums und als Verbindungsstelle für das industrielle Erzgebirge als unabdingbar. Chemnitz habe zurzeit seine einzige Schnellzugverbindung nach Leipzig und Berlin.

* Zwickau. Die städtischen Kollegen haben eine Vorlage verabschiedet, wonach allen städtischen Arbeitern, die wenigstens zehn Jahre lang in städtischen Diensten gestanden haben, vom Eintritt der Invalidität oder vom 65. Lebensjahr an eine städtische Rentenabstufung als Zufluss zu den Reichsversicherungsrenten gewährt wird. Die Arbeiter haben 2½ ihres Lobnes als Versicherungsbeitrag zu zahlen. — Die von der Stadtgemeinde geplante Aufnahme einer 400 Millionen-Anleihe in den Vereinigten Staaten und einer wertbündigen Steinföhnenanleihe im Werte von 24000 Tonnen Steinföhnen hat die Genehmigung der zuständigen Ministerien gefunden.

* Schenckendorf. Zur Milderung der Verbindungsstöcke haben die städtischen Kollegen beschlossen, unentgeltlich Hölle aus dem städtischen Vororte zur Saar- anfertigung bereitzustellen. Die Säge werden auf Antrag zum Selbstkostenpreis abgegeben.

* Kleinrössen. In der Nacht zum 16. Februar wurden das Spritzenhaus sowie die Leichenwagenhalle erbrochen und von Spritze und Leichenwagen sämtliche Metallteile gestohlen.

* Leipzig. In einer Fabrik in Baulsdorf wurde am 18. Februar, wie jetzt bekannt wird, ein 62-jähriger Arbeiter aus Sommerfeld beim Steuern eines Lades in eine Wand von einer Transmissions, der er mit seiner Kleidung zu nahe getreten war, erschlagen und durch eine Welle mehrmals herumgeschleudert. Er wurde so schwer verletzt, daß er am anderen Tage im Krankenhaus seinen Verlegungen erlag.

* Am 19. Februar ist im Güterbahnhof Engelsdorf ein 25-jähriger Rangierer beim Rangieren zwischen die Witter zweier Güterwagen geraten und so schwer verletzt worden, daß der Tod sofort eingetreten ist. Ein Verhältnis von fremder Seite liegt in beiden Fällen nicht vor.

* Leipzig. In den letzten Wochen hat ein rostiger Schwund alle größeren deutschen Städte unsicher gemacht. Auch in Leipzig ist er aufgetreten und hat dort einen Geschäftsmann erheblich geschädigt. Der Hochstapler trat als Volkskommissar für die Ukraine und Russland auf. Dem Leipziger Inhaber einer Zigarettenfabrik gab er eine Zigarettenverteilung in Höhe von zehn Millionen Mark auf und stellte über den Betrag einen Scheid aus. Der Zigarettenhändler war jedoch so vorstichtig und zog Erklärungen über den Herrn „Volkskommissar“ ein. Dabei kam es heraus, daß der Scheid gefälscht war. Der Zigarettenhändler verweigerte natürlich daraufhin die Lieferung, gab aber dem Schwund die Papiere zurück, obwohl er wußte, daß er es mit einem Gauner zu tun hatte. Der Baw ist ukrainisch und auf Sorau lautend. Der Gauner ist der Name eines Wiegheimer aus Königsberg. In Berlin verlor er einen Liebstahl, bei dem ihm 800000 Mark Geld in die Hände fielen. Dies nannte sich der Schwund und Wieg George. Eine Zeit lang war er bei dem von der Sowjetregierung gegründeten Unternehmen, der Industrie- und Handels-A.-G., tätig. Als Leiser suchte sich Wiegner stets größere Unternehmungen aus, denen er riesige Verstellungen für den russischen Export machte. Es gelang ihm einen Automobilzügen um dreißig Lastkraftwagen im Werte von 800 Millionen Mark zu täuschen. Eine Fabrik wurde um 300 Millionen Mark, eine Maschinenfabrik um eine halbe Milliarde getäuscht. In Hamburg bat sich der Gauner auch Münzberg genannt. Die Scheide waren auf die Firma Wieg & Co. und das Postscheckamt Berlin ausgestellt.

* Mühlberg a. E. Ein dreister Einbruchsdiebstahl ist vorläufig im Rittergut Süldern verübt worden. Aus der großen Hoscheune sind nachts mindestens 10 Säcke mit ausgedroschenem Getreide gestohlen worden.

Sächsischer Landtag.

St. Dresden, den 20. Februar 1922.

Auf der Tagesordnung der heutigen 20. Sitzung steht an erster Stelle die zweite Anerkennung des Entwurfs eines Ausführungsabkommens zum Reichsrecht vom 9. Dezember 1922, betr. Anerkennung des § 68 der Reichswasserstraßenordnung. Den Bericht über den Rechtsausschuss erststellt Hba. Büchner (D.P.): Es handelt sich um die Anwendung des Gesetzes auf die Leipziger Messe. — Die Vorlage findet einstimmig Annahme.

Sodann wird ein Antrag gestellt und Genehmigung erteilt, den Erlass eines Nachtragsschreibes zum Wasserrecht in Veratung zu bringen. — Abg. Schenck (S.) begründet den Antrag, die Neuerung zu erläutern, daß sie zur Durchführung der nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten nötigen Reformen ein Nachtragsschreiben zum Wasserrecht dem Landtag vorlegt, sobald ihr der wesentliche Inhalt und Umfang der Reichswasserstraßenordnung bekannt ist. Die Ansliegerrechte richten auf eine neue Grundlage arbeiten möchten, denn das Wasser gehört an den wichtigsten Bodenschäften. Das Wasser sei Gemeineigentum. Es müsse den Gemeinden möglich sein, Grundstücke zur Gewinnung von Wasser zu entziehen. Auch das liegende Wasser sei als Gemeineigentum zu erklären.

Aba. Dr. Riedmann (D.P.) wendet sich gegen die abfällige Meinung des Vorredners am sächsischen Wasserrecht. Das natürliche Vorrecht des Grundbesitzers auf Quellen dürfte nicht in Frage gestellt werden. — Abg. Eschweiler (D.P.): Es ist die Gestaltung des Reichswasserstraßenordnungen abzuwarten, ehe man an eine Regelung für Sachsen heranreiche. — Der Antrag wird an den Rechtsausschuss verweisen.

Weiter steht vor ein Antrag des Abg. Claus und Genossen auf Anerkennung des Gesetzes über die Ausübung der Fischerei. — Abg. Dr. Weigel (D.P.) begründet den Antrag, § 3 des Gesetzes über die Ausübung der Fischerei in liegenden Gewässern vom 15. Oktober 1888 erhält folgende Fassung: Das Recht zur Ausübung der Fischerei steht in den im ersten Absatz von § 1 bezeichneten liegenden Gewässern steht in der Regel an in der Elbe, der Ammer, der Freiberger, sowie der vereinigten Mulde, der weißen Elster, dem Gröditz (Elsterwerdaer) Flößkanal und dem Elsterflößkanal dem Staate; in allen anderen liegenden Gewässern den anliegenden Grundbesitzern, einem jeden, soweit sein Besitz am Ufer reicht, und wenn beide Ufer nicht in derselben Hand sind, einem jeden bis zur Mitte des Wasserlaufs. — Abg. Dr. Bünner (D.P.) erklärt dem Vorredner gegenüber, man könne den Oberlausitzer Mitterältern das Fischereirecht nicht nehmen, ohne sie an entzündlichem. Es wäre aber im Interesse der Fischerei unvernünftig, jedem kleinen Angler das Fischereirecht zu gewähren. — Minister Jellisch: Das Wirtschaftsministerium erkennt grundsätzlich an, daß das Fischereirecht in der Oberlausitz mit oder ohne Entschädigung möglich ist, bedarf noch der Entscheidung. Grundsätzliche Bedenken hat das Ministerium gegen eine Übertragung des Fischereirechtes an jeden kleinen Angler. Es erscheint ratslich, die Neuordnung des Fischereirechtes bis nach der Neuordnung des Wasserrechtes auszulegen. Auch dieser Antrag wird dem Rechtsausschuss überwiesen.

Endlich kommt zur Beratung ein Antrag der Abg. Wehrmann, Dr. Weigel und Genossen auf Reform des sächsischen Jagdrechtes. Abg. Dr. Weigel (D.P.) begründet den Antrag, der unter anderem fordert: Aufhebung der logen, Altberechtigung, die Baulosigkeit der Bildung von Jagdbezirken noch unter dem Umfang von 300 Hektar, die Neuregelung des Stimmbuchs der Jagdgenossenschaftsmittel, die Berechtigung auch eines Gebotes, das niedriger als das Weitgebot ist, bei dem Jagdzulassan, das Einforchrrecht der auständigen Behörde in besonderen Fällen, das Verbot der Jagdverlängerung, der potentiellen Abstimmung und jeder Reberleistung des Wächters, den Erlass einer Jagdpachtordnung, die Bestimmungen über gießende Jagdpacht, Hege und Abfahrt trifft. — Abg. Pagenstecher (D.P.) verteidigt das alte sächsische Jagdrecht, das sich bewährt habe. Seine Partei lehne deshalb den vorliegenden Antrag im großen und ganzen ab, da er nur Verschlechterungen bringt. — Abg. Weinel-Tannenberg (D.P.): Seine Partei hält eine Anerkennung des geltenden Jagdrechtes für gerecht. Abg. Kühn (S.) erklärt die Zustimmung auch seiner Freunde zu dem Antrage. Es bedarf einer vollständigen Umarbeitung des altertümlichen Jagdrechtes. — Minister Jellisch: Das Jagdrecht befindet sich bereits in Umarbeitung; deshalb begrüßt die Regierung den vorliegenden Antrag. Der Minister geht auf sämtliche Forderungen der Antragsteller ausführlich ein. — Auch dieser Antrag findet keine Zustimmung an den Rechtsausschuss.

Nächste Sitzung: Donnerstag, den 22. Februar, 1 Uhr: Schulangelegenheiten, Verordnungsfragen, Nachtragsetat-Kapitel, Bückeroerteilung, Milchhöchstpreise.

Das Notgesetz.

Im Rechtsausschuss des Reichstags wurde gestern bei Beratung des Notgesetzes, das aus Anlaß des widerrichtlichen Einbruchs in das Auswärtige eine Ausprägung einzelner Bestimmungen des geltenden Rechtes an die besonderten Verhältnisse erstrebt, von Seiten der Regierung betont, daß dem unter den gegenwärtigen Verhältnissen besonders verantwortlichen Gebaren derjenigen, die verluden, die allgemeine Rücksicht wünschlich zu eignem Vorteil zu übermäßigen Preissteigerungen und wucherhafter Warenzuführung auszuüben, mit allen gesetzlichen Mitteln entgegengesetzt werden müsse. Die bestehenden Verordnungen gegen Preistreiberei und verwandte Straftaten böten schon starke Handhaben zum Einschreiten. Die noch nicht in allen bedeutenderen Fällen zwingend vorgeschriebene öffentliche Brandmarkung der Bucherer und Schieber soll ergänzt werden. Der Rechtsausschuss nahm eine Regierungsvorlage an, nach der bei vorläufigen Zuüberhandnahmen gegen die Strafverordnungen wider Preistreiberei, Schleichhandel, verbotene Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände und unzulässigen Handel auf Freiheitsstrafe von drei Monaten oder mehr oder auf Geldstrafe von hunderttausend Mark oder mehr erkannt werden soll. Neben der Strafe soll stets die öffentliche Bekanntmachung der Verurteilung durch eine Tageszeitung sowie der öffentliche Anschlag auf Kosten des Schulden angeordnet werden. Ein gleichfalls angenommener Zentrumsantrag bestimmt ferner, daß für den Fall, daß der Verurteilte innerhalb eines Jahres seinen Wohnsitz verlegt, auch an seinem neuen Wohnsitz die öffentliche Bekanntmachung und der öffentliche Anschlag auf seine Kosten anzustellen sind. Angenommen wurde ferner ein Antrag der Bayerischen Volkspartei, nach dem derjenige, der es unterstellt, Gegenstände, die der Reichswirtschaftsminister als lebenswichtig bezeichnet hat, ohne die erforderliche Genehmigung aus dem Reichsgebiet auszuführen, mit Bußhaus bis zu fünf Jahren, den wildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft wird. Neben der Freiheitsstrafe soll auch auf Geldstrafe von mindestens 5000 Mark erkannt werden; das Höchstmah der Geldstrafe soll unbeschränkt bleiben. Ferner werden die Strafen gegen Schleichhandel, vorläufige Preistreiberei und vorläufige verbotene Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände dahin verschärft, daß in besonders schweren Fällen Bußhausstrafen bis zu 15 Jahren und Geldstrafe von mindestens 100000 Mark eingetreten. Das Höchstmah der Geldstrafe soll unbeschränkt sein. Ein Antrag auf Einführung der Todesstrafe wurde abgelehnt.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Verhandlungen vor dem süddeutschen Senat des Staatsgerichtshofes. Als erste Angeklagte haben sich vor dem süddeutschen Senat des Staatsgerichtshofes in seiner ersten Sitzung am 8. März zwei Kelheimer Studenten wegen Beschimpfung der Reichsahn zu verantworten. Innerdem wird gegen den Archivar Karl Baum, den Kaufmann Karl Ehrenfort und den Bäcker Stadler aus Nassen (Bayern) wegen eines Spottverses auf Rathaus verhandelt.

Frankreich.

Die Verhaftung Marcel Chachin. Ein Antrag der Sozialisten, den unter der Auflage, antifranzösische Propaganda im Außenland betrieben zu haben, verhafteten kommunistischen Abgeordneten Marcel Chachin provisorisch in Freiheit zu setzen, wurde von der Kammer mit 881 gegen 190 Stimmen abgelehnt.

Tagung des Reichslandbundes.

Der Reichslandbund hat seine dritte Tagung nach dem Hippodrom in Frankfurt a. M. einberufen. Der Besuch der Versammlung war außerordentlich stark. Anwanden bilden der Bundesvorstand Dr. Mörsle, Reichstagsabgeordneter Heyv, Naturur aus dem Ruhrkreis, Domprobst Martin-Wagdenburg, Frau Küchner-Gerhard, Schmidt-Windeln und Orlitz-Spielberg. Unter großem Beifall wurden u. a. folgende Entschließungen angenommen:

1. Zur vorläufigen Frage: Der Reichslandbund erklärt sich bereit, bis zu 50000 Kinder aller Vertriebenen der Russenbesetzung aufzunehmen. Der Reichslandbund wird sich darüber einsetzen, daß keinen vom französischen Einbruch betroffenen Vertriebenen soviel als irgend möglich geholfen wird, sie mit großer Kraft in ihrem schweren Abwehrkampf zu unterstützen. Er will darin auch die Negierung unterstützen.
2. Zur wirtschaftlichen Frage: Der Reichslandbund fordert auf wirtschaftlichem Gebiet Befreiung aller Landwirte von der Viehbestellung aufzunehmen. Der Reichslandbund wird sich darüber einsetzen, daß keinen vom französischen Einbruch betroffenen Vertriebenen soviel als irgend möglich geholfen wird, sie mit großer Kraft in ihrem schweren Abwehrkampf zu unterstützen.

Bermishes.

Dampferunfall. Wie die Funkstation Culver-Cotes meldet, befindet sich der deutsche Dampfer Otto Fischer 90 Meter nördlich von Cap Milano in sinkendem Zustand. Zwei Dampfer sind zur Hilfeleistung unterwegs; das nächste Schiff ist noch 30 Meilen von dem Dampfer Otto Fischer entfernt.

Untergang eines Fliegerfahrzeuges. Dienstag vormittag stieß 10 Kilometer südlich von Bergen der deutsche Erdampfer "Westfalen", der in dem engen Fjord nicht ausweichen konnte, mit einem Fliegerfahrzeug zusammen und beschädigte es so stark, daß es logisch unterging. Ein Mann der Brüder des Fliegerfahrzeuges entran, während acht gerettet wurden. Die "Westfalen" ist mit den Geretteten an Bord in Bergen eingelaufen. Das Schiff wird bis zum Sonnenuntergang in Bergen bleiben. Ein unbekannter Fall. Auf der Göttlinge, Kreisbaden bei einem Bahnhofswärter in der Nähe von Rehbergen entgleiste die Lokomotive eines Güterzuges. Der Lokomotivführer und ein Beamter wurden getötet. Ein dritter Beamter ist lebensgefährlich verletzt. Der Sachschaden ist sehr groß. Der Bahnhofswärter war durch schwere Fußverletzung stark mitgenommen, wodurch das Unglück entstanden sein soll.

Selbstmord aus Nahrungsnot. Justizrat Bilek, in Stolp in Pommern hat sich aus Nahrungsnot erschossen.

Das elektrische Schiff. Von den Hafenanlagen des Norddeutschen Lloyd in Bremerhaven aus trat der große Ozeandampfer "Pittsburgh" der White Star-Line seine Fahrt nach Amerika an. Diese Fahrt ging, wie das "Leips. Tagebl." berichtet, deshalb von Deutschland aus, weil zwischen dem Norddeutschen Lloyd und der genannten Schiffsreederei Gesellschaftsvereinbarungen getroffen worden sind, die sich auf die Wahrnehmung gewisser gemeinsamer Interessen beziehen, und die dazu beitragen werden, Deutschlands Anteilnahme am Weltseeanverkehr zu fördern. Die "Pittsburgh" stellt den neuesten Typ eines Ozeanschiffes dar, und man kann sie mit Recht als ein "elektrisches Schiff" bezeichnen. Einzig und allein die zur Fortbewegung dienenden Maschinen arbeiten mit Dampf, der durch Dampferzeugung erzeugt wird; sonst wird der ganze Betrieb bis hinab zu jeder kleinen Einzelheit unter ausgefeiltester Verwendung der Elektrizität durchgeführt. Es stehen zu diesem Zweck tausend Pferdekraft im Gestalt elektrischen Stroms zur Verfügung. Die Länge der durch das Schiff gelegten elektrischen Leitungen beläuft sich auf nicht weniger als 144 Kilometer. Das ganze Schiff hat nicht ein einziges Stück Kohle an Bord. Unvorstellbar herrscht hier eine Sauberkeit, die sich sonst auf keine Weise erzielen läßt. Wie weit die Ausnutzung der Elektrizität geht, mag man daraus ersehen, daß nicht nur alle Krane, Ankernwindmaschinen usw. durch den elektrischen Strom in Tätigkeit gelegt werden, sondern auch der Betrieb der Kleinfächer vollkommen elektrisch ist, ebenso der der Bäckereien, die das Brot für die Passagiere herstellen. Auch die wasserdrückten Schotten werden auf elektrischem Wege geöffnet und geschlossen, und ebenso geschickt das Aussetzen der Boote auf eine sehr sinnreiche Weise auf elektrischem Wege, das auch dann noch erfolgen kann, wenn das Schiff bereits aufgewickelt liegt.

Ogatensche Beleuchtung. Die Frage der guten Beleuchtung von Arbeitsplätzen und Büroräumen ist für die Gesundheit von außerordentlicher Wichtigkeit und wird daher seit einiger Zeit eifrig behandelt. Die neuesten Erfahrungen darüber teilt Prof. Körff-Peterson in einem Bericht über hygienische Untersuchungsmethoden in der "Deutschen Medizinischen Hochschule" mit. In Deutschland ist die Wichtigkeit der hygienischen Beleuchtung in den gewerblichen Betrieben noch nicht so allgemein erkannt, wie in anderen Ländern. Als notwendige Mindestmenge der Beleuchtung beim Lesen und Schreiben dürfen 25 Meter-Längen weichen Lichten gelten. Die Forderung von 10 Meter-Längen, die früher aufgestellt wurde, war nur ein Augeständnis an das zur Zeit Erreichbare und muß als überholgt gelten. In gewerblichen Betrieben sind oft höhere Beleuchtungsstärken nötig. Ob bei künstlicher Beleuchtung die genügende Lichtmenge an den Arbeitsplätzen vorhanden ist, läßt sich mit Hilfe der neuesten photometrischen Apparate leicht feststellen. Schwieriger ist die Dekoration der Beleuchtungsfläche eines Raumes durch Tageslicht. Die lichtmessenden Apparate ergeben hier nur Augenblickswerte, da die Beleuchtung ja vielfach wechselt. Ungenügend ist es, die Beleuchtung eines Raumes danach zu beurteilen, ob an ihm eine bestimmte Stärke noch gegeben werden kann. Man muss die meiste Sichtlinie bestimmen, die von der wechselnden

Belichtung des Raumsgewölbes unabhängig sind, und man hat daher die Größe des lichtpendenden Raumteiles reduziert auf senkrechte Winkelmaße in Quadratgraden gemessen. Nur diejenigen Pläne können als zum Zeichnen und Zeichnen geeignet gelten, welche einen Raumwinkel von 80 reduzierten Quadratgraden aufweisen. Ein solchen Plänen kann man auch bei sehr geringer Raumhöhe erwartet. Diese Raumwinkelmessung entspricht aber nur der früheren Windstörung an die Höhe, und das resultierende Licht ist völlig außer Acht gelassen, sodass solche Pläne mit 80 reduzierten Quadratgraden doch nur den allerbedeutsamen Anforderungen genügen, während andere Pläne mit resultierendem Licht auch bei geringeren Raumwinkeln ausreichend beleuchtet sein können.

Der Prophet im Bataillone. Aus Bonn erzählt man uns folgendes wahre Gesichtchen: Bei meiner Durchreise durch Bonn am Rhein nahm ich mit einen Wagen zu einer Illfahrt durch die Stadt und bat den Posten, mich auf besondere Sehenswürdigkeiten aufmerksam zu machen. Vor dem Beethovenhaus empfahl er mir, Acht auf meine sehr knapp bemessene Zeit und die vorliegende Aussicht zu meinen sehr schönen Zeiten und die den Posten mit den Worten ermunterte: "Aber bitte — das Haus müssen Sie sehen: das ist ja nur für die Fremden da!"

Der moderne Weg vom Schwein zur Wurst. Deutschland steht in der Verarbeitung des Fleisches hinter anderen Ländern, besonders hinter den Vereinigten Staaten zurück, und man betont mit Recht, daß durch eine sorgfältigere Behandlung des Fleisches und die Anwendung der neuesten Industrieverfahren unsere Verarbeitung mit diesem wichtigen Rohstoffmittel verbessert werden könnte. Einer der wenigen Wiederbetriebe dieser Art, die wir kennen, sind die Eba-Werke in dem Berliner Vorort Britz, eine riesige Gebäudeanlage mit Straßen, Höfen, Gärten, Eisenbahngleisen und Kraftwagen. Hier können wir den modernen Weg vom Schwein zur Wurst verfolgen, und eine anschauliche Schilderung davon bietet ein Aufsatz der Frankfurter Wochenschrift "Die Umschau". Die Arbeiter kommen durch Baderäume mit Duschen und Waschbecken in den Saal, in dem sie zweimal wöchentlich neue Arbeitskleidung erhalten. Schmutz jeglicher Art ist durch diese Vorleistungsmöglichkeiten von den eigentlichen Arbeitsräumen ferngehalten. In dem hellen Schlachtraum befindet sich eine riesige Metzgmaschine, die "Tötewerk", die Tiere vom Hals trennt, die Lungen entleert, und die Blase abtrennt. In sie eingeschlossene, lebende Tiere werden in den Kopf geschnitten, und die Blut wird abgesaugt, automatisch rutscht der Körper in den Brütsch, wo die Haut entblößt und gereinigt wird. Das Tier wird der Länge nach halbiert, und die Ecke an Deckenleisten rasch fortgebracht. Nebenan werden mächtige Hälften durch Stirnholz beläuft und in üblicher Weise bearbeitet. Die wertvolle Haut des Schweines wird sofort durch Salz konserviert. Die Rinder wandern in die Pinselstube, Hörner und Hufe der Kinder werden besondere Verarbeitungsstellen angeliefert. Sämtliche Knochen, die durch Maschinen herausgelöst sind, werden unter Druck entzweit. Die eigenartige Bearbeitung des Fleisches erfolgt unter ständiger Aufsicht eines Tierarztes und mehrerer Fleischbeschauer. Die zerlegten Stücke werden in besondere Abteilungen gebracht und je nach ihrer Eignung zu Wurst, Schinken, Sülzen, Bötelware usw. verarbeitet. In jedem Raum saugt eine Entzündungsanlage den Blutdunst, Fleischgeruch, Räucherduft usw. auf. Wir beobachten die Schinkenfabrikation. Hier macht man sartie Wachskästen, dort riesige Wachskästen; in Lukullusöfen liegen je 50 Wachskästen auf Grillrost über Gasfeuer bei 80 Grad. Am Ofenraum schwimmen in großen Badewannen mit Salzlauge Tausende von Schinken. Der fertige Speck erhält seinen Brandstempel. Heute Ware wird im Kühlraum erkalten. Dauerware ruht im Gesterraum. Was in den Haushalt kommt, wandert vorher in die Trockenkammer. Im Darmrichtraum werden die Därme gewaschen, gebürstet, gewärtet usw. und leben dann ganz appetitlich aus. Die Abwäsche für Wurstfabrikation enthält große Käse, auf denen Dächer von Wurstkäse nach dem verschiedensten Geschmack und in der verschiedensten Mischung von Fleischsorten hergestellt werden. In der Kochwurst-Abteilung brodeln Würste und Wurstmasse in allen Graden. Räucherstücke stehen bereit. Das Brühwasser läuft hernach durch Röhren, die als Rettungsstäbe dienen. An den Wurstfüllmaschinen vorbei führt der Weg zu den Räucherräumen, in denen unter extrem heißen Teilen die Kochwürste schmoren, während die sartie Teewurst oben in milderem Klima sitzt. Dickbauchige Bierwurst, rosa Teewurst, weiße und graue Leberwurst, gelb-rosa-braune marmorierte Kochsalami und all die anderen Hartwurstwaren wandern dann in den Verarbeitungsraum, um auf dem Hof in Lastwagen geladen zu werden, die die fertigen Fleischwaren nach Berlin einführen.

Liebe und Jahreszeiten. Vernt Euch wenigstens 12 Monate lang kennen, bevor Ihr Euch heiratet! Diesen guten Rat gibt Mary Manners allen, die auf Freiheit führen und sie erzählt zu Fuß und Frommen aller anderen ihre eigenen Erfahrungen. Sie lernte auf einem Tanz im November einen jungen Mann kennen, und zwischen den beiden feierte dann während einer Woche von anderen Bällen und Wintervergnügen die Liebe auf. Das erste, was wir aneinander gern mochten, war unter Lanzens, erzählt sie. Wenn wir uns trafen, trug ich gewöhnlich ein hübsches Tanzleid, während er in Abendkleid so gut aussah, wie nur ein Herr aussiehen kann. Bei Tage sahen wir uns nur selten, höchstens bei einem Tanz, und dann wurde auch getanzt. So verlobten wir uns im Februar und beschlossen, im Juli zu heiraten. Als die Tage wärmer wurden, holte ich meinen Tennisschläger hervor und rüstete mich zum Golfspiel. Mit einem gewissen Entsezen mußte ich beobachten, daß mein Brüder am Tennis und Golf nicht viel übrig hatte. Seine Lieblingsart, einen Frühlingstag im Freien zu verbringen, bestand darin, daß er sich flach auf den Rücken legte, mit dem Stock über die Augen oder mit einem Buch im Wald spazieren ging. Als ich ihn zum ersten Mal in Sommerkleidung sah, befand meine Liebe ihren ersten schweren Stoß. Der vorläufig geübte Geißelschaftsanzug hatte alle seine törichten Wangen verdeckt, die nun in dem leichten Anzug des schrecklichen Herren hervortraten. Seine dünnen Arme und Beine waren beim Gleiten über das Paradies vorzüglich gewesen, aber sie waren unangenehm für eine tägliche Schwimmübung oder eine lange Tennispartie. Er kehrte seitdem belästigt zurück, und nun stand er meinen Gang häßlich, vertrieb die Augen und schaute mich zum Golfspiel. Mit einem gewissen Entsezen mußte ich beobachten, daß mein Bruder am Tennis und Golf nicht viel übrig hatte. Seine lästige Kleidung hatte alle seine törichten Wangen verdeckt, die nun in dem leichten Anzug des schrecklichen Herren hervortraten. Seine dünnen Arme und Beine waren beim Gleiten über das Paradies vorzüglich gewesen, aber sie waren unangenehm für eine tägliche Schwimmübung oder eine lange Tennispartie. Er kehrte seitdem belästigt zurück, und nun stand er meinen Gang häßlich, vertrieb die Augen und schaute mich zum Golfspiel.

Im bairischen Meerrettichlande. Aus Offenburg wird uns gesagt: Nachdem die Truppen anerkannt die Stadt Offenburg und den Eisenbahnhofspunkt Apenweier besetzt hatten, haben sie auch das bairische Kirchdorf Löffingen bei Apenweier in Besitz genommen und damit einen der Hauptorte des bairischen Meerrettichlandes, der in der Gegend von Offenburg und Hohentwiel in Südtirol steht. In der Ortschaft ist neben ländlichen Riedböden durch seinen Meerrettichbau bekannt

Einfache dieser „Kreis“ kann sich längst bis zu 150 Meilen weitreichend ausdehnen. Die Karte des Kreis zeigt, dass hier etwas anders geschieht, als in den übrigen südlichen Teilen Deutschlands, wo nun die Umspannwerke von Bamberg und Nürnberg, besonders aber der bei Wintersdorf bei Erlangen und der etwas kleinere von Frickenhausen im Unterfranken, 19 Kilometer von Aschaffenburg am Main, zu rechnen sind. Der Kreis umfasst der Offenburger Gegend geht nach wie vor in großen Höhen auch nach Straßburg. Die Anhänger sind also große Verfechter des Weitreichsstroms, man sagte schon lange, dass sie auf die Kreisfelder der Offenburger Gegend ein Auge geworfen hätten. Nun haben sie mit der Erweiterung des Reihen-Prädiktes vollkommen Gelegenheit erhalten, auch die Kreisfelder der Odenau in „Sanktion“ zu nehmen. Kein ist eine schneidende scharfe Kost; manche werden dabei zu Todesgräber.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 21. Februar 1928.

Standesbeamten in einer deutsch-französischen Versammlung.

Berlin. Die deutsch-französische Freiheitspartei trat am Dienstag zum ersten Male mit einer öffentlichen Kundgebung im Kriegervereins-Haus auf den Platz. Die Versammlung nahm zuerst einen ruhigen Verlauf, bis der Redner, Reichstagsabgeordneter von Graef, die Ziele der deutsch-französischen Freiheitspartei entwickelte: Frei vom Verschärfen, Frei vom Parlamentarismus! Frei von der Herrschaft des Judentums! Raum war es bei diesem Punkt angegangen, der von den Bölkischen mit minutenlangem Beifall begrüßt wurde, stimmen die sehr zahlreich im Saal vertretenen Kommunisten die Internationalen an. Es kam zu einer Prüfung, wobei es auf beiden Seiten blutige Köpfe gab. In den allgemeinen Lärm schrie die Stimme eines sozialistischen Arbeiters aus dem Publikum, der hinwies auf die furchtbare Lage im Ruhrgebiet und zur Einigkeit mahnte. Aber dieses Mannes Worte blieben ungehört. Die Versammlung wurde dann, nachdem die am Saal eingetragenen Schupobeamten in den Saal eindrangen und Ordnung schafften, auf einige Zeit unterbrochen und nahm schließlich ihren Fortgang unter Anwesenheit der Polizeibeamten. Bei den weiteren Erklärungen von Graef kam es zu erneuten Lärmzügen. Der Gesang der Internationalen wurde von der Nationalgarde abgestoppt, bis sich die Schupo veranlaßt sah, den Saal zu räumen und die Versammlung zu schließen. Da es vor dem Kriegervereins-Haus zu Ansammlungen kam, mußten Verstärkungen herangezogen werden. Die Straße wurde geräumt. Eine Anzahl von Hauptstreitern konnte festgenommen werden.

Rochefort der Amerikanische beschlagnahmt.

Dortmund. Die „Kölner Volkszeitung“ schreibt: In Grambauer, Landkreis Dortmund, drang eine französische Patrouille in die Nähe der Spedition der Amerikanischen und verlangte die Abgabe der Kochefort. Obwohl darauf hingewiesen worden war, daß es sich um amerikanisches Eigentum handelt und daß Hunderte von Kindern hungrig mührten, wenn man die Kochefort wegnahme, haben die Franzosen diese Kette doch beschlagnahmt.

50 Matratzen beschlagnahmt.

Bonn. In dem Wollwarengeschäft Ebiel in der Humboldtstraße sind nach der Kölnerischen Volkszeitung am Sonnabend morgen von den Franzosen 50 Matratzen im Werte von 5 Millionen M. requiriert worden. Da der Indhaber die freiwillige Hergabe verweigert und erklärt hatte, die vorhandenen Matratzen seien an arme Leute verkauft, sind ihm die Matratzen gewaltsam abgenommen und per Auto fortgeschafft worden.

Strahlenzonen in Gelsenkirchen.

Amsterdam. Der Berliner Korrespondent des „Allgemeinen Handelsblatt“ meldet seinem Blatte aus Berlin, daß vom 20. Februar abends: „Ich hatte am Sonntag nachmittag in Gelsenkirchen Gelegenheit, mit zwei Filmoperatoren, die ich speziell zum Zwecke der Dokumentation der großen Talsperren in das Ruhrgebiet mitgenommen hatte, Aufnahmen zu machen von den Strahlenzonen in der Nähe des Rathauses, die ich brieslich noch im einzelnen beschreiben werde. Ich schaute voraus, daß ich für die Filmaufnahmen im ganzen dargestellten Gebiet, auch im Ruhrgebiet, die spezielle Genehmigung des kommandierenden Generals Degoutte habe und daß ich meine Aufnahmen in Gelsenkirchen erst angefangen habe, nachdem ich dem zuständigen

Die Spinne.

Noman von Sven Elvestad.

Berechtigte Übersetzung aus dem Norwegischen von Julia Koppell.
Amerikan Copyright 1922 by Lit. Ver. M. Linde, Dresden-Bl.

16. Fortsetzung.

Er ließ den Kutscher halten und ging in einen Laden, von wo er das Grand Hotel und die Straße davor übersehen konnte.

In den Nähe des Automobils hatte ein Schubpuher mit einer roten Jacke Posten gesetzt. Åbjörn Krug muhte lächeln, als er diesen Schubpuher sah. Es war Jens.

Schließlich kamen zwei Herren aus dem Hotel und bestiegen das Auto.

Im selben Augenblick war der Detektiv draußen bei der Troschke.

„Hören Sie das grüne Automobil sehen,“ sagte Krug, „das sich dort langsam durch die Straße vorwärtsdrängt?“

Der Kutscher nickte.

„Sie müssen einen leichten Zusammenstoß mit diesem Auto ins Werk sehen“, sagte Krug, indem er ruhig im Wagen Platz nahm.

„Einen Zusammenstoß!“ rief der Kutscher erschrocken. „Tun Sie, wie ich Ihnen gesagt habe. Wir haben keine Zeit zu verlieren.“

Der Wagen gehört aber nicht mir,“ wendete der Kutscher ein.

„Ich bezahle den Schaden. Und man schnell.“

Da der Kutscher merkte, daß hier kein Widerspruch etwas nützen würde, bog er mit dem Wagen in die Mitte der Straße ein, geradewegs dem heranbrausenden Automobil entgegen. Dieses fuhr nun ziemlich schnell, so daß ein Zusammenstoß durchaus nicht ungewöhnlich sein würde. Åbjörn Krug aber sahen sich vor der Gefahr nicht im geringsten aus der Fassung bringen zu lassen. Er saß mit einer Sitzung in der Hand und studierte die letzten Neuigkeiten.

Als das Automobil wenige Meter von der Troschke entfernt war, riß der Kutscher so heftig an den Bügeln, daß das Werd zur Seite sprang. Im nächsten Augenblick rückte das Automobil gegen ein Drittelstück der Troschke. Ein Krach, das Rad wurde zerstört. Die Troschke legte sich auf die Seite und Åbjörn Krug fiel heraus. Eine große Menschenmenge strömte herbei und das Automobil mußte halten. Niemand hatte recht zu sehen, wie der Zusammenstoß vor sich gegangen war, aber alle behaupteten, daß das Automobil die Schuld trug.

Es zeigte sich, daß die beiden Passagiere des Automobils sehr mangelhaft norwegisch sprachen. Aber mit dem Werd, der ihnen zur Verstärkung stand, liehen sie ihre Wut über den Kutscher aus, den sie der Unzulänglichkeit und Unrechtschaffenheit beschuldigten. Sie wollten wieder ins Automobil steigen und meinten, daß sie den Kutscher mit

Offizier seines Ortsbaus aufsuchten und gleichfalls geschickt falle. Es war ich auffällig in der Lage, verschiedene Kinematographen Bilder aufzunehmen von der vollkommen nackten, provokatorischen Haltung der französischen Truppen, die mit aufgespanntem Fahnen in schmalen Spalten unaufhörlich die ruhige Bevölkerung vor sich hertrieben und die Deutschen mit Rückenständen vorwärtschoben, sodass es nur der unbegreiflichen Muße der Passanten zu verbauen war, daß keine Unglücksfälle passiert sind. Als ich darauf am nächsten Tage mit meinen Operatoren im Auto durch Gelsenkirchen fuhr, um Recklinghausen zu erreichen, wurde ich verboten und unter militärischer Bedrohung zum Oberhafen Schöler ins Hotel zur Post in der Nähe des Rathauses geführt, wo man meine Aufnahmen beschlagnahmte und mir die Erklärung abnahm, ich hätte am Sonntag Filmaufnahmen gemacht, deren Vorführung für Frankreich eine ungünstige Propaganda bedeuten könnte. Erst nach zweieinhalb Stunden erklärte mir die Offiziere, man gebe mir die Freiheit zurück, der Film aber werde sofort zur Entwicklung nach Düsseldorf geschickt werden. Am Dienstag nachmittag sollte ich mich in Düsseldorf bei General Degoutte melden. Hier wurden mit außerdem meine französischen Papiere abgenommen. Nur nach wiederholtem Drängen war es mir gelungen, wenigstens einen Paket nach Oberfeld zu bekommen, wodurch verhindert wurde, daß die Posten unterwegs auch noch mein Auto beschlagnahmten. Wenn man französischerseits der Meinung ist, daß man durch dieses Ausstreiten gegen einen der objektiven Wahrheit dienenden, nur die tatsächlichen Ereignisse auf kinematographischem Wege zu halten, den neutralen Journalisten der französischen Propagandisten kann, könnte sich das als Irrtum herausstellen. Ich werde brieslich noch Gelegenheit haben, die interessantesten Einzelheiten meiner Aufnahmen und meiner Freiheitsverhandlung zu veröffentlichen.“

Besprechungen zwischen Poincaré und Thénard.

Paris. In einigen Blättern findet man Mitteilungen über Beratungen, die morgen zwischen dem belgischen Ministerpräsidenten Thénard und Poincaré in Paris stattfinden sollen. Die Konferenz will sich mit der Vereinfachung der Leitung im Rheinland und im Ruhrgebiet beschäftigen. Französische Seite habe man die Absicht, außerordentliche Kommissionen zu bilden, die aus Spezialisten bestehen, die nicht Verwaltungsförderer angehören.

Das Schuldenfundierungsgesetz.

London. Die „Times“ meldet aus Washington: Der Vorsitzende des Republikanerbundes wird einen Antrag einbringen, wonach vom Senat die an dem Schuldenfundierungsgesetz vorgenommenen Änderungen angenommen werden sollen. Man glaubt, daß dies auch geschieht. Sofort nach der Abstimmung wird das Gesetz durch den Präsidenten unterzeichnet werden.

Die Orientfrage.

London. Die „Times“ meldet aus Konstantinopel: Mustapha Kemal und Józef Piłsudski hatten in Estoril eine lange Konferenz mit Józef Piłsudski und den beiden anderen türkischen Delegierten von Lausanne. Sie begaben sich darauf zusammen nach Angora.

London. Das Unterhaus erörterte gestern den Abänderungsantrag der unabhängigen Liberalen zur Antwortadresse auf die Thronrede, worin auf eine unverzügliche Einschränkung der britischen Verantwortlichkeiten in Mesopotamien gedrungen wird. Der Antrag wurde mit 273 gegen 167 Stimmen abgelehnt. Bonar Law hatte zuvor erklärt, die Regierung begreife vollkommen, daß ihre Verpflichtungen im Osten eingehalten werden müßten. Dies sei aber keine leichte Aufgabe, denn England habe in Mesopotamien gewisse Verpflichtungen übernommen, denen es sich kaum entziehen könne. Diese hätten nichts mit den Petroleumfleßern zu tun; sie beträfen die Interessen der Bevölkerung Mesopotamiens, die eben erst begonnen habe, sich selbst zu regieren. Dieser arabische Staat müsse auf feste Grundlagen gestellt werden, um seinen ländlichen Bezug zu sichern. Die Regierung denkt darin, sobald sich zeigen, daß dies möglich sei, ihre Verpflichtungen einzuschränken.

Börsiwirtschaftliches.

Börsenwirtschaft.

Begebung von 200 Millionen Goldmarkschwanzweisungen. In einer Vorbesprechung im Reichsfinanzministerium mit Vertretern einiger Berliner und auswärtiger Banken und Bankfirmen ist ein Einverständnis über die

einer roten Jacke dazu kam und darauf schwor, daß das Auto eine verdeckte Schwenkung gemacht habe, als es an der Troschke vorbeifuhr. Die immer größer werdende Menschenmenge nahm jetzt offen für den Antiken Partei.

Åbjörn Krug, der anfangs eine Ohnmacht simuliert hatte, kam schnell wieder zu sich und zeigte den Insassen sein Polizeischiff. Dies schien einen peinlichen Eindruck auf die Herren zu machen, und sie überreichten Åbjörn Krug ihre Karten. Auf der einen stand: Baron de Kornel, auf der anderen: Józef Pilsudski, Senator. Der Baron war blondbartig und dick, der andere ungewöhnlich mager und dunstig. Die Herren nickten dem Polizeibeamten höflich zu und gaben ihre Adresse auf: Grand Hotel. Sie sagten ausdrücklich, daß sie den Schaden bezahlen würden.

Åbjörn Krug aber winkte zwei Schuhleute herbei und trug ihnen auf, die beiden Herren und das Automobil zur nächsten Polizeiwache zu bringen. Hierüber regten die beiden Ausländer sich furchtbar auf und sprachen laut von brutalem Eingriff und Rücksichtlosigkeit. Åbjörn Krug war unerbittlich. Schließlich ließ er sich darauf ein, die Schuhleute fortzuschicken, wenn die Herren ihm gutwillig zur Polizeiwache folgen wollten. Der Detektiv stieg mit den beiden Herren in das Auto, die Polizeimenge zerstreute sich, und sie fuhren langsam durch die Straßen.

Åbjörn Krug sah auf dem Vorderhof neben dem dunkelhaarigen Spanier, während der französische Baron allein auf dem hinteren Platz saß. Als das Auto über den Marktplatz fuhr, bemerkte Åbjörn Krug einen Mann, der stehen blieb, als das Auto vorbeifuhr, und vor Erstaunen beinahe auf den Rücken gefallen wäre. Dieser Mann war Einar Wallenberg. Åbjörn Krug nickte ihm zu, und der Detektiv konnte an dem entschuldigten Wallenberg in Wallenbergs Gesicht sehen, daß er in dem Spanier den schwedischen Mann erkannt hatte, der ihm in der Nacht, als Karl sich erholt, gegenüber war.

Mit den drei Herren zum Polizeiamt fanden, nahm Åbjörn Krug nicht die geringste Rücksicht darauf, daß die Ausländer sich beschwert: Sie hätten es völlig und ihre Zeit kostbar. Sie erboten sich wieder und wieder, das Doppelte, ja das Dreifache des Schadens zu bezahlen — der Detektiv ließ sich nicht aus der Fassung bringen. Schließlich erbot er das Auto gründlich in Augenschein. Er sah gleich, daß die beiden Patenreihenster erst lässig aufgestellt waren, daß der Wagen vor nicht langer Zeit grün lackiert worden und seine urprüngliche Farbe rot gewesen war. Es war darum kein Zweifel, daß es Karl Wallenbergs Automobil war, das er vor sich hatte. Darauf richtete der Detektiv seine Aufmerksamkeit auf den Sand, der auf den Gummirädern klebte, und machte eine diebstahlsgleiche Bemerkung.

„Wie ich sehe, haben die Herren heute nacht eine lange Fahrt gemacht“, sagte er.

Der Spanier warf Åbjörn Krug einen höflichen Blick zu, bevor er antwortete:

„So? Woran seien Sie das, Herr Geheimpolizist?“

„Um den Sand, der an den Gummirädern klebt“, er donnerte.

Bei der Wiedermeldung der deutschen Bantwelt bei der Vergabe von 200 Mill. Goldmarkschwanzweisungen erhielt werden, daß 50 Mill. Dollar in 3-jährigen Schwankungszeitungen, die von der Reichsbank garantiert werden, zur öffentlichen Freiheit gegen Bezahlung in Devisen oder ausländischen Noten auflegt. Das Konsortium soll die Anteile zur Hälfte fest, zur Hälfte in Kommission übernehmen. Die Schwankungszeitungen laufen auf den Inhaber. Es werden voraussichtlich Stücke bis zu einem Dollar herunter angegeben werden. Die Stücke sollen bei den Buchdruckereien beliebbar sein. Hierdurch erhält das Konsortium die Gelegenheit einer Devisenanzlage, die jederzeit zu einem billigen Ansatz beliebbar ist, während auf der anderen Seite die Mittel des Meldes und der Reichsbank zur Verschärfung der Devisenkurse auf längere Zeit hin geschafft werden. Neben die Einzelheiten finden weitere Besprechungen statt.

Bei der Meldung über die Ausgabe einer Goldmarkleihe berichtet die „Völkische Zeitung“: Die technischen Einzelheiten für die Durchführung der Zeichnung sollen von einer Unterkommission festgestellt werden, die unter dem Vorstand des Reichsbankpräsidenten Havenstein arbeiten wird. Diese Kommission soll namentlich die quotenmäßige Beteiligung der einzelnen Banken und Bankiers an dem seit übernommenen Teil der Anteile festlegen. Es ist in Aussicht genommen, mit der Auslegung der Anteile am 1. März zu beginnen. Der Ausgabebetrag soll 100 Prozent betragen.

Die Mitwirkung der Verbraucherorganisationen an der Preisbildung. Das Reichswirtschaftsministerium erläutert in Erkenntnis der Notwendigkeit einer stärkeren Beteiligung der Verbraucher an der Preisbildung in einem Rundschreiben an die Landesregierungen vom Dezember 1922 darauf hingewiesen, daß es zweckmäßig sei, den Preisprüfungsstellen Beiräte von Verbrauchern an die Seite zu geben, die aus den Verbraucherorganisationen zu entnehmen seien. Den Mitgliedern der Beiräte sollte Gelegenheit gegeben werden, sich über alle Aufgaben der Preisprüfungsstellen zu unterrichten, Wahrnehmungen aus Verbraucherkreisen und Vorschläge vorzubringen und zum Begreifen der Beratungen zu machen. Dieses Rundschreiben ist im November v. J. erneut in Erinnerung gebracht worden. Darüber hinaus ist in einem gemeinsamen Rundschreiben des Reichswirtschaftsministeriums und Reichsjustizministeriums vom Dezember 1922 die Herauszehrung von Verbrauchern zu den verschiedenen Notierungskommissionen, zu den Kontrollen der Märkte und Betriebsverträgen angeregt worden. In gleicher Richtung bewegt sich eine Rundverfügung des Präsidiums des Landespolizeiamts beim Preußischen Ministerium des Innern vom 16. Januar 1923. Eine besonders dankbare Aufgabe bedeutet es im gegenwärtigen Augenblick, die Preisbewegung in der Richtung einer schnelleren Anpassung an die inswischen eingetretene bedeutende Verbesserung des Marktes zu beeinflussen. Für die Beeinträchtigungen des Reichswirtschaftsministeriums, den Preisbau zu beschleunigen, die durch persönliche und schriftliche Einwirkung auf die Spitzenverbände der Industrie und des Handels zum Ausdruck gelangt sind, würde die Mithilfe der Verbrauchergesellschaft außerordentlich erwünscht sein. Es wäre daher zu begrüßen, wenn den Anregungen zum Ausbau der Mitwirkung der Verbraucherorganisationen folgendes werden würde, um insbesondere auch die Auflösung der Verbrauchergesellschaft über die preisbildenden Vorgänge weiterhin zu fördern und das die Bevölkerung trennende Misstrauen mehr und mehr zu beseitigen.

Marktberichte.

Die amtlich notierten Preise waren an der Börse Probiestäbke pro 50 kg ab Station: Weizen, märrliches 57000—60000. Rott. Roggen, märrliches 49000—50000. Rott. Sommergerste, märrliches 47000—48000, obergeschäfte 48000—44000. Rott. Hafer, märrlicher 48000—44000, westpreußischer 41000. Rott. Mais Iolo Berlin 59000 bis 60000. Steing. Weizenmehl pro 100 kg frei Berlin 145000—160000. Feink. Marken über Rottis bezahlt. Rott. Roggenmehl pro 100 kg frei Berlin 135000—145000. Rott. Weizenmehl frei Berlin 30000—32000. Roggenmehl frei Berlin 34000—35000. Rott. Raps 100000—105000. Rott. Erdbe. Vierländer 80000—90000, Kleine Speiseröden 60000—70000. Blaukirschen 90000—110000. Rüderbohnen 60000—70000. Widen 90000—110000. Lupinen, blau 50000—70000. Lupinen, gelb 80000—110000. Serrabell 120000—150000. Rapsflocken 35000. Trockenknödel 20000—21000. Vollwertige Bäckerknödel 30000. Kartoffelflocken 30000—32000.

fläne Krug. Derartige rötliche Erde gibt es nicht in der nächsten Umgebung von Christiania.“

Er bröckelte gleichgültig eine Handvoll Erde von den Gummireifen, wovon er etwas auf den Boden fallen ließ, etwas aber behielt er in seiner hohen Hand, ohne, daß die beiden Ausländer es bemerkten.

Dann forderte er die beiden Herren auf, ihm in die Polizei zu folgen, und begann zu ihrer Versteilung zu verhören.

Er erfuhr, daß der Spanier 45 Jahre alt und ehemaliger Senator war. Er war seit zwei Monaten in Christiania, um große Geschäfte in Klippfisch und Wein zu machen. Er hatte alle großen Importeure und Exporteure besucht, dadurch Zugang zur Gesellschaft bekommen, viele Bekanntschaften gemacht und bereits verschiedene Geschäfte abgeschlossen.

Baron de Kornel war schlecht und recht Jurist und Rechtsritter. Er hielt sich seit einem Monat in Christiania auf und wollte in einigen Tagen abreisen.

Åbjörn Krug notierte dies alles sorgfältig in einem großen Protokoll, während er die Herren um Entschuldigung bat, daß er sie bemühen möchte, aber es sei notwendig, weil das norwegische Gesetz es so erfordere; er täte sonst seine Pflicht. Das Gesicht des Spaniers verriet, daß dieser Herr sich furchtbar langweilt, während Åbjörn Krug bemerkte

Geschichten von Hugo Wolf.

(Vor seinem 20. Todestag, 22. Februar.)

20 Jahre sind seit dem Tode von Hugo Wolf dahingegangen, und seitdem ist er allgemein als der moderne Meister des deutschen Liedes anerkannt worden. Siebt's Schönhöriger neben den großen Viererkomponisten. Auch seine Persönlichkeit mit ihren vielen Seiten eiteln und ihrer Dämone, die bereits von ihm tragischen Untergang der geistigen Erkrankung überwältigt war, ist uns durch die Veröffentlichung seiner Briefe und durch die meisterhafte Biographie Teskens nahegebracht. Ein sehr wenige solche Seiten aus seinem Leben ließen zu diesem Gedächtnis mitnehmen. So erzählt heine Bettel-eim-Bauwoll aus seinen Anfängen, da er sich durch Klavierstunden müßig ein Brod verdienten mußte, daß er kein außer Pädagogik gewesen sei, aber ein genialer Antreger. Seine Sprachhaftigkeit und Überredungskraft, berichtet ic., reicht und damals bereits auf, wie hielten aber die Ausdrücke seiner hochradigen Heiterkeit für groteske Künstler außen, mit denen er vielleicht zu kostetzen liebte, und die uns mitunter sogar Stock machen. Dabei nahmen wir ihn nicht nur als Musiker, sondern auch als ethischen und tüchtigen Charakter voll auf ernst, der durch eine innige Röchle ihres Wesens überzeugt, wie sie in der künstlerischen Bohème sonst selten war. So zählte der "Heine Wolf" wie er bei uns hieß, durch 2-3 Jahre zum engsten Verlehr unterer Hauses und fand sich ein, ob er Klavierstunde gab oder nicht. Wir bewohnten das Gold schmückende Haus am Opernring, das in allen Stockwerken untereinander bestrennte Familien barg, deren jugendliche Mitglieder ebenfalls herzlich verbunden waren. Da durch entstand ein ewiges Treppauf und Treppab, ein stetes Zusammenkommen; hatte Wolf gerade sein Quartier und vor allem kein eigenes Klavier, was bei seiner Geldnot und seinem fortwährenden Wohnungswandel sich oft ereignete — auch in seinen Briefen eine aussende Rolle spielt —

so fand er immer in einer der vier Wagen ein Instrument, das ihm Gastfreundschaft gewährte. Bei und blieb er gerne gegen Abend nach der Einde, und wir beide sprachen von unserer jeweiligen Kultur, denn wir waren uns leicht im gemeinsamen Verständnis für Keller, Heine und Lenau, vor allem aber lieb "Haus" die Signatur jener Tage. Von der wir die Höhungen aller Welt erhofften. Solche Gedankenwanderungen vom Himmel durch die Welt zur Hölle" fanden dann irgendeinen musikalischen Abschluß, am liebsten mit einem grandiosen Beethovenischen Thema, in dem er sich auf dem Klavier auslobte. In ganz seltenen Fällen nur sang er ein Rotenblatt aus der Tasse, wodurch es bestieg vor sich hin, sang und spielte aufregend markiert oder vor sich hinströmend ein eben standenes Lied — bald voll nerwölkter Lust, als raste er jetzt erst die Beleidigung aus den Tassen zusammen, bald in aufatmender Freude still genetend. Die Zeitlaminat seines Wesens äußerte sich wohl in einer göttlichen Grobheit, hinter der er sein weiches Herz verbargen wollte und die meistens komisch wirkte. Bei den vor nächtigsten Anhören machte sich seine Persönlichkeit in physischer Heiterkeit Lust. So wieder z. B. die Übungen von mütterlicher und

schwesterlicher Seite in seinen Familiendiensten eine große Rolle, und er ist wohl erhaben, wenn man ihm nicht die richtigen Würste schlägt. "Schon die vorletzte Sendung der Würste hat mich verstimmt," heißt es da z. B. "Ich habe oft genug auch die Saitung der Würste vorgeschrieben, wie ich sie allen anderen vorachte. Wozu gleicht Ihr denn, daß ich Euch so was schreibe? Doch nicht beschämt, damit das Gegenstück von dem erfolgt werde, was ich willste. Für künftige Fälle habe ich die Güte und Weit diesen Brief auf, denn ich bin es nun seit, daß erwne Wiederläufen einer Sache, die ich bis zum Leberdruck schon wiederholt habe. Ausdrücklich habe ich immer betont, daß ich stolze Würste will, rote Würste, von denen immer gesetzelt wird, daß sie nur zum Kochen sind, so die Würste nur will ich." Den größten Hass hegte Wolf gegen Brahms, dessen Kunst er mit ebenso großer Verachtung verachtete, wie er die von Richard Wagner leidenschaftlich verehrte. Der Sänger Tatiloni erzählte, daß er einmal mit Wolf zusammen in den Brahms'schen Liedern, unter großem Heiterkeit nach dem finnischen Element suchte, natürlich, ohne es zu finden, denn Wolf war der Überzeugung, daß der Brahms'schen Kluff jede Einlichkeit habe. Als Tatiloni zum Abschluß beim Singen eines Liedes Eis statt Eis nahm, verblüffte ihn Wolf und sagte bündig: "Hättet er nur Eis geschrieben, dann wäre es viel besser! Aber so ist Brahms: sobald er in Gefahr gerät, einmal aus ihm heraus das Gefühl voll ausströmen zu lassen, glaubt er, daß er ein Tänzer drauf seien." Als die Nachricht von Wagner's Tode kam, sang Tatiloni Wolf am Flügel singend, den Klavierauszug der "Götterdämmerung" vor sich aufzuschlagen. "Stumm deutete er auf die Noten. Da sang Siegfrieds Sterbegesang, und dann sprach Wolf die Totenlage mit so waltigem, ergreifendem Klang ut, daß ich auf dem Ich enden alten Flügel das war. Oderleg zu vernichten wünschte. Als er geendet, verknöcherte mein Schweißend. So beging Hugo Wolf die Toteneier für seinen Meister."

Fortwährend

werden Bestellungen auf das Nieser Tageblatt entgegengenommen! Man wende sich an sein zuständiges Postamt oder an seinen Briefträger, an einen Zeitungsausträger oder an die Tagesblatt-Geschäftsstelle in Niesa, Goethestraße 59.

Man verlange überall Radeberger Blätter!

Bollene Bleibedeste

(Berlin) von Gläubig bis Schießplatz Seithain verloren. Beg. gute Bel. abh. z. Sonn. Gläubig.

6 Reichsbanknoten
1 Belboos
gesunken. Annahme Niesa.

Entlaufen gelb. Blindenführerkund m. Halsband und Sanitäts-Abzeichen. Auskunft erbittet.

Otto Pötschel, Weida.

Mehr. ehr. Mädchen
auf. Waschkraut w. gefüllt. Hausbalt 3 erw. Verloren. Vorauftell. v. 1-3 u. 7-8. Dr. Fabrikat. Hagemann Steigerstraße 3.

Ehrliches, fleißiges
Mädchen

für Küche zum 1. März ob. früher (Anfangsgehalt 8000 M.) sucht
Konditorei und Café
Auch. Kürbiss. Mittweida.

Junges helleres
Mädchen

wird für leichte Hausarbeit bei bobem Wohn u. guter Kost, bei Familien anholt, gesucht. Off. u. B.G. 2 an Tagebl. Niesa.

Gesucht wird 1. 3. 1923
ein fleißiges, ehrliches

Mädchen

nicht unt. 18 Jhr., w. gut
mekken u. Unterh. t. u.
idom in Landwirtsh. tätig war, auf 75 Adler gr. Gut
bei Kam. Anschl. Off. erh. u.
B.G. 2 an Tagebl. Niesa.

Mädchen

von auswärts (22 Jahre)
sucht Stelle. Näheres bei
Glinz. Kleinenpl. 2. 2.

Suche Groß-, Haus-
u. Kleinmädchen,
3 Mädchen nach Vermischten,
Osterjungen, Ostermädchen

Wiefrau. Hanisch.
Vermischte. Kornstraße 1.

Jüngeres Mädchen als
Aufwartung

für 1/2, bis 1/2 Tag sofort
oder später gesucht.
Dr. Edith Lange geb. Heyn,
Bismarckstraße 6, 2.

Bei hoher Entschädigung
Aufwartung

auf Reinigung von Büro-
räumen und zur Garten-
arbeit gesucht. Es erfordert
im Tageblatt Niesa.

Intelligente
Koste Verkäuferin,
gute Flechtkunst, sucht per
so. dauernde Stelle. Off. u.
B.G. 2 an das Tägl. Niesa.

Frau

ab. jüngeres Mädchen als
Hilfe, für 2 Std. vorm. ges.
S. erfr. im Tägl. Niesa.

Suche für meinen größ.
u. vielseitigen Gartendau-
betrieb sofort oder nächste
Oster einen

Gärtnerlehrling

sann auch schon ein älterer
sein) unter sehr günstigen
Bedingungen bei freier
guter Station. Off. erbittet
Paul Sieger, Gartenbau-
betrieb, Oberstein, West
Beben bei Niesa.

Vereinsnachrichten

Chorverein. Do., 8. Februar. Wicht. Mitt. Kass. d. Beiträge (150 M.) — Frei., 8. 1. Schum. Ab. (5. Jui.). Verein für Handel und Gewerbe. Sonntag, 25. 2., nachmittag 4 Uhr Hauptversammlung im Hotel Höpner. Wichtiger Vortrag. Eröffnen aller Mitglieder dringend erwünscht.

Gedächtnis. Freitag abends 1/2 Uhr Café Möller Vorhandlungskunst.

Eisen, Metalle, Möbel, Lumpen, Papier
Felle aller Art, spez. Ziegen- u. Kaninfelle
kauf
Karl Hofmann, Gröba, Dammweg 670.
An- und Verkauf von gebrauchten Möbeln und getragener Garderobe. Gleichzeitig empfehlbar einen Kosten gebrauchte Möbel.

Die Tageblatt-Druckerei
Riesa, Goethestraße 59
fortigt schnellstens alle Arten
Drucksachen für Geschäfts- und Privatbedarf.
Reichhaltiges Papierlager. Eig. Buchbinderei.

Lumpen, Papier — Altmetalle — Altfette
kauf im Hause Weinhauer Straße 4. Größere Kosten hole ab. Wilhelm Rautz.

Kaufe altes Gold. Silber
zur eigenen Verarbeitung. Goldschmied Georg Schumann, Hauptstraße 44.

Grosser Pferde- und Wagenverkauf.
42 gute an schweren Zug gewohnte Arbeitspferde

im Alter von 4-7 Jahren, darunter

1 Paar 5jährige langschwänzige Rohfuchsähnen

168 groß

1 Paar 4jährige langschwänzige Hellfuchsähnen

167 groß

1 Paar 4jährige Hufschimmels

167 groß

4 Paar 4-7jährige langschwänzige braune Dänen

166-170 groß

1 Paar 4- und 5jährige braune Oldenburg. Stuten

167 groß

1 Paar 4jährige langschwänzige Hölzer Pferde

168 groß

1 Paar 4- und 5jährige braune Ostfriesen 168 groß

und einige Waare Belgier Füchse und Braune

und im übrigen einzelne nicht direkte Pferde

im Alter von 4-6 Jahren

verschiedene 3- und 4jährige Kaltwagen, mehrere

große Pflanzwagen, 50-100 Stz. Tragkraft,

verschiedene Fahrgästewagen u. vieles Arbeitsgeschirr usw.

sofort zu verkaufen.

Unter genannten Wieden befinden sich auch viele
tragende und Buschfütter. Obige Wieden werden von
uns auch einzeln unter voller Garantie verkauft.

Speditionsgeschäft Dresden - M.,

Böhmisches Str. 24. Tel. 22750.

Orpheus-Kapelle.

Freitag, 2. März 1923, 8 Uhr — Hotel Höpner

— Bobltätigkeitskonzert —

für die Bedürftigen an der Huhr.

U. a.: Dub. Comont v. Beethoven, Illuv. Sinfonie, H-moll v. Schubert usw.

Mitwirkende:

Änie Bähnle Dresden, Mezzo-Sopran

Dorf Krause, Niesa, Bariton.

Nun. Karten zu 500 u. 400 M. nichimum.

Karten zu 300 u. 200 M. (einschl. Steuer)

bei Buchh. Blume u. Böller. Eintritt 7 Uhr.

-- Chorverein Riesa --

I. Robert-Schumann-Abend

Freitag, den 23. Februar, 8 Uhr

Festsaal der Oberrealschule

Vortrag — Lieder und Duette — Papillons

Carneval, Bilder aus dem Osten (f. Klavier)

Johanna Fischer-Banzhaf (Sopran)

Horst Krause (Bariton) — Hans-Heinrich

Scheider und Carl-Heinz Schönherr (Klavier)

Iwan Schönebaum (Vortrag)

Martin Kreyß (Klavierbegleitung)

Mitglieder 200 M., Nichtmitglieder 300 M.

u. St. — Kart. i. d. Buchh. Hoffmann u. Ziller

Arbeitgeberverband Großenhain

Hans. Verein Niesa.

Sonderangebot in Sachsen-Mönteln.

Verkaufe diese Woche gute Wäntel für 8500 M.

Winkler, Hauptstr. 73, 1., neben Nieser Bank.

Nachdem wir unseren geliebten einzigen

Sohn zur letzten Ruhe gebettet, drängt es

uns, allen, welche uns durch innige Anteilnahme,

durch Wort, Gefang, freiwilliges

Tragen, herzliche Blumenspenden und ehren-

volle Beileitung zu trösten suchen, unsern

herzlichsten Dank

auszusprechen. In tiefllem Schmerze

Max Schneider und Frau.

Röderau, 21. 2. 1923.

Für die wohlwollenden Beweise herzlicher Teilnahme durch

Wort, Schrift, Gesang, Geleit und Blumenschmuck beim Heim-

gang unserer lieben Mutter, Schwieger- und Großmutter

1. Februar. geb. Schurig

sagen wir hiermit allen unsern

tiefgefühltesten Dank.

Stremmen und Rathmannsdorf, am 18. Februar 1923.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Hamburg 42 km

Lübeck 410 km

Untertrave 48-49.

Telegr.-Avt. Coeham.

Spezialität:</

Eine deutsche Protestnote gegen die Gelsenkirchener Strafexpedition.

Der Wille des Memellandes.

Nicht ganz mit Unrecht beschlagen sich unsere Landsleute, aus der Nordoststadt Preußens, darüber, daß infolge des Höllenkonzesses an der Mühre ihr Herrscher an die Welt und an die Welt kaum zu hören ist. Was dort oben in den letzten Wochen geschah ist, kann der Aufstand zusammenhangen noch im Augenblick nicht aufgeklärt werden. Der französische Oberkommissar hat eine Polizei betrieben, aus der nicht klar zu entnehmen war, ob sie Polen oder Litauen mehr begünstigte. Nur in einer Hinsicht kann über diesen eigenartigen Vertreter des Volkerbundes kein Zweifel bestehen: Alles, was deutlich ist, wurde auf jede nur mögliche Weise belästigt. Daneben muß der Beauftragte des französischen Volkes noch den Frieden verfolgt haben. Polen und Litauer gegeneinander zu befehlen. Alles was deutlich ist, soll zu Grunde gehen, so will es der Doktor Teutsch ist dieses Stückchen Erde im hohen Norden des Reiches aber lebt es doch nicht. Im Jahre 1252 wurde die Memelburg als erste deutsche Gründung des Ritterordens errichtet. Seit jener Zeit ist Memel ununterbrochen in deutscher Hand geblieben, nie zufällig zu irgendeiner Zeit, auch nicht während des Dreißigjährigen Krieges, stets auch geweisen. Nur eine schwierige, aus selbststän- digen Gewerken erarbeitete Minderheit brachte den Übergang an den litauischen Staat. Polen hat allerdings nachdem es als gar keinen Anspruch auf das nunmehr vom Volke erkannte Litauen zugeworfen Land, denn von sich lebende Einwohner gibt es im Memelland nicht. Auch mit dem Litauertum der Besetzung ist es nicht weit her. Ebenso wie das oberösterreichische Polen, das Wasserpolen, sich vom österreichischen unterwarf, weil auch die von einem Teil der Bevölkerung im Memel und seinen Nachbarorten erhoben. Und die zu einem ersten litauischen Aufstand kam, ist auch hier wieder da, ja an einer Vereinigung mit dem benachbarten, weiter unter österreichischer Herrschaft liegenden Litauen geachtet. Schon deshalb nicht, weil die eigentlichen Litauer frustriert und niedrig standen unter den Memel und der Stadt nach Erfüllung des litauischen Staates stellte es sich heraus, daß den Litauern nicht einmal genug Schutz und Leistung eingebracht wurden, um einen därtigen Deutschenapparat aufzubauen. Ja, es rückte kaum zu einer binnendifferenten Besetzung der Memelburg. Als man befürchtete, um ein Modell zu erstellen, mirum sich in die Autonomieform einzufügen wollte, stellte es sich heraus, daß die Herren Minister keine Ahnung von der Materie hatten, daß es ein Grundrecht und andre Dinge gäbe. Man mußte sich als Schwedenland einen auf Verhandlungen zu schaffen, um dann später die Unterschiede zu unterscheiden. Hieran hat sich französische und zwar etwas geändert. West und Ostend sind wieder vorzeitig von der Reichsverwaltung weiter geführt. Die Säumigkeit des Entscheidungssatzes, daß Memel eine gewisse Autonomie behalten soll, deutet darauf hin, daß man es nicht ungern sehen würde, wenn das deutsche Reich weiterhin seine Beamten zur Verstärkung stellt.

In der neuen Verwaltung des Memel am ersten Februar drei Oststaaten und zwei gebildete Deutsche. Die kleinen Einwohner der drei Städte haben um die Zufriedenheit richtig würdig zu sein, und man kann es, daß in der Stadt Memel zwei Prozent der Bevölkerung litauisch spricht und daß in den vier Städten litauisch besiedelten Gebieten vor dem Krieg für die litauische Partei nur 45 Prozent der Stimmen aufzufordern wurden. Dies bei handelt es sich, aber um eine konträren, nicht schwarz-patriotische Gruppe, die mit Entzerrung eines Punktes an ihrer Staatsstrenge und Königstugtue zurückgewichen ist. Hinzu kommt noch, der jetzt in die Litauengruppe mag, der die protestantischen Litauer ist, nicht nur die anderen von den eigentlichen Katholiken Litauern treten. In einer Heilige von der Interalliierten Kommission vorgenommenen Abstimmung über die Schulbildung haben sich nur 1,8 vom Hundert für das Litauische ausgesetzt. Anzeichen ist, daß die Litauengruppe sehr wohl, daß die litauische Sprache, vorzutragen durch alle bestehenden Organisationen, Handelskammern, Landwirtschaftskammer, Gewerkschaften, Arbeitervorlagen. Ich glaube die Beteiligung an Litauen strukturiert. Das Memel und die Ostend auf Grund des vierjährigen Sebstbestimmung recht eine Selbstabstimmung, um sich für ihr Vaterland zu entscheiden zu können. Das Ergebnis einer solchen Abstimmung ist niemandem zuvorher bekannt, am wenigsten wo in den Wachhabern der Sozialistischen Union in den nächsten Tagen die Memeländer in Berlin eine große Kundgebung in diesem Sinne veranstalten, wird das ganze deutsche Volk hinter diesen vertraten und vorrücken. Viele Landsleute stehen.

Die Auslieferung des Memelgebietes an Litauen.

Nach dem nunmehr vorliegenden Vorlaufe des Beschlusses der Besatzungskonferenz hat diese die Souveränität über das Memelgebiet Litauen unter folgenden Bedingungen übertragen: 1. Verbot aufzugunzen Litauens auf alle Rechte und Ansprüche auf das Gebiet, wie sie in Artikel 90 des Versailler Vertrages vom 28. Juni 1919 umfassend sind. 2. Errichtung einer autonomen Regierung im Memelgebiet und einer Volksvertretung sowie weitere Einrichtungen, die die Anerkennung der beiden im Gebrauch befindlichen Sprachen, den Grundzett des Reichs aller Einwohner, welches aus ihre Rasse, Sprache und Religion sei, und die gleiche Behandlung der Landesangehörigen und der Ausländer hinsichtlich der Ausübung der bürgerlichen Rechte und des Handels respektieren. 3. Organisation der Freiheit des Durchgangsverkehrs zur See, auf dem Wasser- und Landwege in einer Weise, die den Interessen der litauischen und der polnischen Gegenden Rechnung trägt, deren natürlicher Bindungsstock Memel ist, und Schaffung einer autonomen Verwaltung des Memelgebietes, die seiner Entwicklung angepaßt ist und die besonders durch die Errichtung einer Freizone und durch die Anwendung geeigneter Vertreter jede Gewalt bietet, daß die genannten interessierten Gegenden Litauens und Polens in diesem Hafens die für ihren Handel erforderlichen Einrichtungen finden werden. 4. Sicherstellung unter Garantie Litauens der von seinem Verwaltungssitz während der Besetzung vorgeschossenen und noch nicht gelebten Aussagen durch das Memelgebiet. 5. Übertragung aller Güter und Verträge, die dem Deutschen Reich oder einem anderen deutschen Staat in dem genannten Gebiet gehörten, wobei Litauen in seinem Namen aber, namens des Gebietes ist, in den Artikel 24, 256 des Versailler Vertrages vorgesehenen Rechten aufzunehmen muß, an Litauen oder an das Memeler Gebiet. 6. Sobald die Souveränität des Memelgebietes unter den oben angeführten Bedingungen durch Litauen übernommen ist, soll in Paris durch die Besatzungskonferenz mit Besitz der Vertreter Litauens und der interessierten Gebiete ein organisches Abschlußabkommen über das Memelgebiet mit Litauen gemäß der gegenwärtigen Entscheidung ausgearbeitet werden.

Ein interessanter Brief an Poinears.

Senator de Douvres hat in einem Schreiben an den Ministerpräsidenten Poinears eine Interpretation angefordert, in der er vom Ministerpräsidenten Auskunft über die Gebiete, die von der Besetzung des Ruhrgebietes erwartet werden, verlangen werde. In dem Schreiben heißt es, er bleibe dabei, daß eine Debatte über dieses ernste Unternehmern im Senat stattfinden könne, auch ohne daß dabei die deutliche Regelung in der Verleihung ihrer Verpflichtungen ermittelt oder unterstellt würde. Frankreich habe den Krieg nur mit Hilfe seiner Alliierten leichter beenden können und werde auch ohne sie den Frieden nicht verhindern, dessen die Welt bedarf.

Die Gewaltlast in Gelsenkirchen.

Der deutsche Geschäftsträger in Paris ist beauftragt worden, der französischen Regierung folgende Note zu übergeben:

In Gelsenkirchen haben sich in den letzten Tagen Verbündete abgespielt, die beweisen, daß die französischen Verbündeten im Ruhrgebiet auch vor den schlimmsten Terrorakten gegen die Bevölkerung nicht mehr zurücktreten. Die der deutschen Regierung vorliegenden amtlichen Berichte ergeben darüber Folgendes:

Am 12. Februar morgens 7 Uhr hielt der Polizeiobervorwesel Hutmacher in Gelsenkirchen einen privaten deutschen Angriffstrupp vorwärtsmäßig an, weil er in der noch herrschenden Dunkelheit ohne Licht fuhr. Die Insassen des Wagens, zwei französische Gendarmen, waren von außen nicht erkennbar. Sie suchten sich der Anhaltung zu widerstehen, den Polizeiobervorwesel festzunehmen und ihn zu sich in den Wagen zu ziehen. Vorübergehende Amispersonen benachrichtigten die in der Nähe befindliche Polizeiwache, vor der vier Beamte der Schutzpolizei ihrem Namen zu Hilfe eilten. Es gelang ihnen, Hutmacher zu befreien. Hierauf gaben die französischen Gendarmen sofort Feuer und brachten Hutmacher eine schwere Verletzung bei. Er steht bedienten sich auch die deutschen Schutzpolizisten der Schutzpolizei und schossen auf die Gendarmen. Während diese anwesend nur leicht verwundet wurden, ist Hutmacher anzwischen schwer verletzt.

Doch der erste Schuß bei dem Zwischenfall von einem der französischen Gendarmen abgegeben worden ist, wird auch in der von der Agentur Havas verbreiteten Sachdarstellung angegeben. Die Agentur sucht die Bedeutung dieses Umstandes allerdings durch die Behauptung abzuwischen, daß Hutmacher die beiden Gendarmen gleich an Anfang bedroht und einen von ihnen nach dem Herausnehmen der vier Schutzpolizisten mit dem Revolver vor die Türen geschlagen habe. Diese Behauptung, die nach dem ganzen Verlauf des Zwischenfalls schon an sich wenig glaubwürdig ist, wird durch die Feststellungen der deutschen Behörden widerlegt.

Am folgenden Tage hat dann die französische Besatzungsbehörde den Vorstoß zum Anlaß genommen, um eine Strafexpedition gegen die Stadt Gelsenkirchen durchzuführen. Ein starkes französisches Truppenauftreten bestehend aus Infanterie, Kavallerie, Artillerie, Maschinengewehren, Minenwerfern und Tanks, besetzte die Stadt. Die französischen Besitzhaber schritten zur Verhaftung des Oberbürgermeisters, seines Stellvertreters, des Polizeipräsidenten, des Kommandeurs der Schutzpolizei und des Direktors der Reichsbahn. Sie verlangten von der Stadt ferner die Zahlung einer Summe von 100 Millionen Mark. Außerdem wurden die Polizeibeamten auf den beiden Polizeiwachen der Stadt entwaffnet und abgeführt, wobei es namentlich auf der Hauptwache zu größten Ausschreitungen der französischen Truppen kam. Nach Umstellung der Wache mit Infanterie, Kavallerie und Tanks drang die Infanterie, die zuvor eine Anzahl von Schiffen abgezogen und die Fenster der Wache zertrümmert hatte, unter Führung von drei bis vier Offizieren ein und trieb die dort befindlichen 21 deutschen Polizeibeamten, obwohl sie sich in keiner Weise widersetzen, mit Körbchen, Peitschen, Stocken, Büchsen und Faustschlägen hinaus. Auf der Straße wurden die Polizeibeamten, von denen ein Teil infolge der Misshandlungen blutende Wunden hatte, durch weitere Misshandlungen gezwungen, auf einer Strecke von mehr als 1 Kilometer Paraderoute auszuführen. Sie wurden dann über Buer nach Recklinghausen transportiert, wo sie in einem geschlossenen Raum auf dem nächsten Fußboden übernachten mussten. Obwohl die Räumung der Wache bereits vor mittags um 10 Uhr stattgefunden, bekamen die Verhafteten bis zum Mittag des folgenden Tages nichts zu essen und zu trinken. Am 15. Februar wurden die Polizeibeamten entlassen bis auf sieben, über deren Verbleib der deutschen Regierung im Augenblick noch nichts bekannt ist.

Die Deutsche Regierung stellt hierauf fest, daß der Zusammenstoß zwischen einem einzelnen Schutzpolizisten und zwei französischen Gendarmen, der allem von den Gendarmen verschuldet worden ist und dem polizeilichen deutschen Beamten das Leben gefährdet hat, der französische Besatzung genügt, um gegen eine ganze Stadt mit Gewaltmaßnahmen vorzugehen, deren Härte kaum noch überboten werden kann. Selbst wenn bei dem Zusammensetzen am 12. Februar ein Verstoß des deutlichen Beamten vorgelegen hätte, würde die Strafexpedition gegen die Stadt eine schwere Verleidung des Volkes sein, da es nicht einmal im Kriege gestattet ist, wegen der Handlungen von Einzelverbrechen Strafen über eine ganze Bevölkerung zu verhängen. Die Verhaftung des Polizeipräsidienten von Gelsenkirchen, der Mitglied des französischen Bündnis ist, stellt überdies eine Verleidung der in allen Rechtsstaaten gewährleisteten Immunität der Abgeordneten dar.

Offiziell hat die französische Besatzung den Zwischenfall vom 12. Februar nur als neue Gelegenheit benutzt, um die Bevölkerung des Ruhrgebietes die militärische Übermacht fühlen zu lassen, in dem Glauben, sie dadurch ihren Abstand gefährlich machen zu können. Das Verhalten der örtlichen Besitzhaber wird anscheinend von der französischen Regierung gebilligt, da nach den letzten Nachrichten die Besitzhaber sich nicht mehr direkt leben, die Vergewaltigung der Stadt Gelsenkirchen fortzusetzen. Außerdem die Stadt mit Recht die Zulassung der geforderten Geldsumme abgelehnt hat, verjüngt die Besitzhaber, den Betrag dadurch beizutragen, daß sie die erreichbaren Geldeinnahmen fortnehmen, ohne Rücksicht darauf ob es sich um öffentliches oder privates Eigentum handle. Letztlich sind die Besitzhaber sogar zur Fertnahme von Gefangen übergegangen.

Die Deutsche Regierung erhebt Protest gegen die geschilderten Gewalttaten und behält sich vor, volle Genugtuung zu verlangen. Schon jetzt fordert sie, daß die Besitzhaber, die immer noch festgehalten werden und zur Befriedigung der ihnen angelegten Willkür vor ein Friedsgericht gestellt werden sollen, sofort in Freiheit gesetzt werden.

Die Lage im Ruhrgebiet.

Dienstag nachmittags 5 Uhr wurden die Bahnhöfe von Bonn-Brühl und Bonn-Niemann von den Franzosen besetzt. Die Beamten mußten fluchtartig die Bahnhöfe verlassen. Durch die Belohnung der Bahnhöfe leitete der französische Behörden gekeltert sich die Verleihung von Tag zu Tag schwieriger. Auch der Bahnhof Bonn-Nord ist ausbeladen von den Franzosen besetzt worden, da die telegraphischen Verbindungen mit diesem Bahnhof abgeschnitten sind.

Nach einer "Vorwärts"-Meldung sind laut einem Befehl des französischen Kommandanten von Bonn die entwaffneten Schutzpolizisten als abgelöst zu betrachten. Jedes Mitglied der Schutzpolizei, das Dienst tut, soll vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Es kann eine rein örtliche Polizei in Stärke von 800 Mann aufgebildet werden. Diese Polizei soll eine Armee tragen und kann mit Pistolen ausgerüstet werden.

Am Laufe des achtigen Tages ist der Leiter der Gelsenkirchener politischen Polizei, Polizeirat Hammer, verhaftet worden, ebenso ein anderer Beamter der Polizeiverwaltung. Nachdem die vorösterreichische Stadtverordnetenversammlung von Gelsenkirchen wiederum die Bezahlung von 100 Millionen abgelehnt hatte, erfolgten gestern neue Maßnahmen der Franzosen. So sollten die Gebäude gesperrt werden, Waren abzuwenden. Da das große Kaufhaus in Gelsenkirchen, Alberthaus, den Verkauf von Waren ablehnt hatte, erlaubte die Schule und die gewaltlose Siedlung der Käuler aus den Räumen. Eine Abteilung wurde verhaftet und in dem Gefängnis ein Polizei zurückgelassen. Gerau sollten sämtliche Gebäude Gelsenkirchens verlassen werden. Ferner ordneten die Besetzungsbehörden an, daß, falls neue Amisbeamte vorläufen, die verantwortlichen deutschen Beamten sofort verhaftet würden und die Ortschaften, in denen solche Amisbeamte vorkommen, mit einer entsprechenden Geldstrafe belegt würden.

Oberbürgermeister Zimmermann von Buer wurde von den Franzosen verhaftet, weil er es ablehnt hatte, die Gaszuluhr nach dem von den Franzosen besetzten Bahnhof Buer-Nord wieder aufzustellen. Der Oberbürgermeister wurde nach Recklinghausen gebracht, wo er vor ein Kriegsgericht gestellt werden soll. Die Vertreter der gesamten Bürgerlichkeit beschlossen daraufhin zum Heilen des Protests einen 24 stündigen Generalstreik. Die Bergarbeiterkraft ist nicht eingetroffen, die Kaufleute halten die Läden geschlossen. Auch der Betrieb in den Büros, Schulen usw. ruht.

Der Montag von den städtischen Beamten Düsseldorf angelegte Proteststreik gegen die Verhaftung des Oberbürgermeisters Nötgen ist gestern durchgeführt worden. Auch die Banken und die übrigen Geschäfte haben geschlossen.

Die Post in Mainz hat seit gestern früh ihren Dienst eingestellt, um Protest gegen die vorgestern erfolgte Verhaftung und Ausweisung des Postdirektors Klingelschäfer. Wie lange der Proteststreik andauern soll, war nicht zu erkennen, da sämtliche Arbeiter geschlossen und verloren sind. Das Hauptpostamt und das Telegraphenamt sind von den Franzosen besetzt. Eine Bekanntmachung des französischen Oberdelegierten besagt, daß der Dienstag morgen von den Beamten und Arbeitern der Post und Telegraphendirektion erklärt. Proteststreik steht im Widerstreit zu den Befehlungen der Ordonnanz 58 der Rheinlandkommission. Der Betrieb könnte erst wieder aufgenommen werden, wenn die berufenen Vertreter dieser Bevölkerungsfamilie die Befehle der Besetzungsbehörden auszuführen.

Die Banken in Mainz haben gestern ihren Betrieb eingestellt, wie verlautet, infolge der vorgestern abend spät erfolgten Verhaftung eines freien Direktors der Mainzer Postsanstalt, die ebenfalls wegen der Auszahlung von Geldern an die Eisenbahner erfolgt sei.

Über die Verleihung wird aus Köln berichtet: Im allgemeinen ist die Betriebslage unverändert. Seit Dienstag wieder in Betrieb genommen ist die Strecke Gelsenkirchen-Breitscheid. Die Bahnhöfe der englischen Zone Elsdorf, Bedburg und Garz der Strecke Düren-Grevenbroich-Reichswald sind den Franzosen abgetreten worden. Das Postamt Gelsenkirchen ist von den Belgieren besetzt und arbeitet nicht mehr.

Die Generalbetriebsleitung II im Düsseldorf teilt mit: Die Verkehrsleitung ist unverändert. In Trier sind drei Eisenbahnfamilien und der Oberbaurat Schwedt ausgewiesen worden. Hervest-Dorten ist neu besetzt. An den Grenzübergängen lassen die Franzosen keine Güter mehr aus dem belegten Gebiet heraus.

Die französische Besetzungsbehörde hat an das Bürgermeisteramt in Osnabrück gerichtet, in dem die in der Stadt umgebenden Gerüchte über die Errichtung einer Sollinie bestreit werden. Auch Warenbeschlagsnahmen beim Verkehr zwischen dem besetzten und dem unbekreten Gebiet finden nicht statt.

Eine Konferenz der Verkehrsleute der Rheinschiffe, des Centralverbandes der Maschinisten und Heizer nahm in Mannheim zur gegenwärtigen Lage Stellung und beschloß mit sofortiger Wirkung eine Verhinderung des Kampfes. Das in diesem Verband organisierte Verbandsfamilie sämtlicher Reparaturwerkstätten am Rhein ist von der Verbandsleitung der Maschinisten und Heizer mit in den Kampf einbezogen worden. Mit der Arbeitsaufstellung dieses Verbands ist jede Ausübung von Reparaturarbeiten an französischen Dampfern unmöglich gemacht. Ferner hat die Streitleitung der Maschinisten und Heizer an alle ihre Maschinisten und Heizer, welche das Gebiet mit Koblenz an holländische, belgische und schweizerische Boote übernommen haben, die strikte Weisung erteilt, jede Kohlenabgabe an diese Fahrzeuge für die Zukunft zu verzögern. Diese Maßnahme erwies sich als notwendig, da festgestellt worden ist, daß Dampfer unter belgischer, holländischer und schweizerischer Flagge deutsche Fahrgäste abgeschleppt haben. Das organisierte Maschinisten- und Heizerpersonal ist entschlossen, den Kampf in der Rheinprovinz weiter zu verschärfen, wenn die Lage es erfordert.

Das Vorgehen der afrikanischen Truppe in Wiesbaden hat bei den dortigen Ausländern und vor allem bei den amerikanischen Fremdenkolonie großen Unwillen erregt. Der französische Delegierte teilte darauf der Presse mit, daß das Spahiregiment infolge der Wohnungsschwierigkeiten nach Wiesbaden in Wiesbaden gehen werde.

Das hessische Ministerium des Innern teilt mit, daß das französische und das belgische Ministerium des Innern den niederländischen Gesandten in Paris und Brüssel befridigende Erklärungen betreffend die Wahrung der niederländischen Interessen am Rhein und betreffend die für die Rheinflussgebiets geltenden Rechte abgegeben habe.

Kohlen- und Kohletransporte nach Frankreich.

Der Düsseldorfer Sonderberichterstatter von Danat teilt mit, im Laufe des 18. Februar seien drei Kohlen- und ein

Fordnung nach Frankreich. 200 Waggons außerdem nach Holland abgeschafft werden. Diese Transporte entsprächen in keiner Weise der Leistungsfähigkeit des von den Betriebsunternehmen betriebenen Eisenbahnnetzes. Sie könnten unendlich viel größere Mengen nach Frankreich und Belgien schaffen, aber die einzige Möglichkeit zur Zeit kostet in die Hände zu bekommen, bilden die Waggons, die auf den Zügen und Bahnhöfen beschlagnahmt würden. Es handelt sich in Wirklichkeit um Vorräte und die normale Beladung der Waggons hielt fort, da die Arbeiter diese ablehnen und die Waggons auch nicht heranschließen. Man geht gegen sie nicht mit Abwangsmaßnahmen vor, deren Wirkung im übrigen auch zweifelhaft wäre, weil dieser Voge der Tiere auf höhere und radikalere Art durch allgemeine Maßnahmen, die bereits getroffen seien, und durch die Blockade des Städtegebietes abgeschafft werden sollte. Man müsste jedoch feststellen, daß die Transporte, sobald Waggons in beträchtlicher Zahl erzielt werden, von den Beladungsbehörden aus eigenen Mitteln abgeschafft werden könnten und nicht von dem guten Willen der deutschen Eisenbahner abhängig wären.

Der Düsseldorfer Sonderberichterstatter der nationalistischen "Sibbes" erläutert diese anstrengenden von den Bevölkerungsorganen zur Entschuldigung ausgegebene Mitteilung mit den Worten: Wenn dieser Tag erst da wäre! Sie zeigt lächerlich nichts als daschaffen des alten Widerstandes erwartet, der sich auf allen Gebieten geltend macht.

Frankreich will die Ruhrbahnen internationalisieren.

Ginem verhältnis gewesen, aber wieder freigelassenen Gewerkschaftssekretär des Deutschen Eisenbahnerverbandes hat ein höherer französischer Offizier anlässlich seiner Besuchung folgende Bläue Frankreichs entwidmet: Für den Betrieb der Eisenbahnen im besetzten Gebiet soll ein großer internationaler Eisenbahndatongen mit englischem, französischem, spanischem und belgischem Kapital gegründet werden, der die Eisenbahnen des besetzten Gebietes in eigene Hände übernehmen soll. Ferner hat der französische Offizier mitgeteilt, daß in einer Reihe von Staaten, besonders in Polen und der Tschechoslowakischen Eisenbahnen zur Einstellung von diesem Konzern angeworben werden, und daß sich schon tausende gemeldet hätten. Sogar deutsche Arbeiter sollten sich für einen derartigen Dienst bereiterklärt haben. — Offenbar sind diese Mitteilungen des französischen Offiziers darüber bestimmt gewesen, den betreffenden Gewerkschaftssekretär unfeindlich zu machen. Die deutschen Eisenbahnarbeiter stehen jedoch derartigen französischen Werbungen sehr fühl und abweisend gegenüber, noch dazu bekannt geworden ist, daß die Franzosen den in ihren Dienst getretenen deutschen Eisenbahnarbeitern keinesfalls höhere Löhne als sie bisher bezogen haben zu zahlen beabsichtigen.

Millet über einen Ruhrsieden.

Der bekannte französische Journalist Millet steht in einem Artikel in der "Prager Presse", in dem er das deutsch-französische Verhältnis sehr pessimistisch betrachtet, die Haltung Deutschlands werde in Frankreich und Belgien die Wirkung haben, daß man eine Ergänzung des Friedensvertrages von Versailles denke. Eine solche Ergänzung werde ernstlich vorbereitet. Er erinnert in diesem Zusammenhang, daß nicht nur das gesamte Problem der Reparationen, sondern auch die Frage der Sicherheit Frankreichs und Belgiens in den Hintergrund gerückt werde, und daß angefischt des nationalen Hasses, der seit einem Monat in Deutschland gegen die beiden Alliierten sich wendet, in den maßgebenden französischen Kreisen die Frage der Sicherheit ernstlich geprägt werde. Ohne daß man von einem offenen diplomatischen Bruch sprechen könnte, handele es sich doch um einen tatsächlichen Kriegszustand. Die Verhandlungen über ein zweijähriges Moratorium müßten wieder aufgenommen werden, denn die gegenwärtige Periode könne nur durch einen regelrechten Friedensvertrag beendet werden. Frankreich werde bereit sein, die Gesamtsumme der deutschen Reparationspflicht endgültig mit einer verhältnismäßig geringen Summe anzusehen, die Millet auf der Grundlage 6 prozentiger Verzinsung mit 37 Milliarden Goldmark angibt. Zugegen würden Frankreich und Belgien sicherlich darauf bestehen, daß wesentlich verächtliche Bürgestaffeln gegeben werden. Im französischen Moratoriumplan sei schon zu erkennen geworden, daß die Ruhrbelebung für die Dauer des Moratoriums geplant war, also für zwei Jahre. Die Stärkung des jüngsten deutschen Widerstandes würde daher eine Verlängerung der Besetzung über diesen Zeitraum hinaus bedeuten. Von einer sofortigen Räumung des Ruhrgebietes könne keine Rede sein.

Eine deutsche Richtigstellung.

Der im "Tempo" aufgestellten Behauptung gegenüber, daß die Alliierten es niemals abgelebt hätten, auf der Pariser Konferenz deutsche Vorschläge zu prüfen und nur die schriftliche Vorlegung dieser Vorschläge gefordert hätten, was aber von der deutschen Regierung verweigert worden sei, wird festgestellt, daß Deutschland weder zum mündlichen Vortrag noch zur schriftlichen Vorlegung seiner Vorschläge aufgefordert worden sei, obwohl es sich bereits erklärt hätte. Staatssekretär a. D. Bergmann wäre ausdrücklich zum Zweck einer mündlichen Erläuterung der deutschen Vorschläge nach Paris gekommen.

Der Reichskanzler über die Ziele der französischen Politik.

Reichskanzler Dr. Gans äußerte sich einem Vertreter des "Pester Lloyd" gegenüber über die Ziele der französischen und belgischen Politik, es besteht kein Zweifel mehr, daß diese die völlige Auflösung des deutschen Reiches und der Rheinprovinzen seien. Es habe für Deutschland nur ein Mittel gegeben, die Belebung des Ruhrgebietes zu verhindern, nämlich die Unterwerfung unter die Ziele der französischen Politik. Dies aber sei mit der Existenz und der Souveränität Deutschlands unvereinbar. Es würde von seiner deutschen Regierung anerkannt werden. Deutschland werde mit allen ihm zu Schote stehenden Mitteln gegen den französisch-belgischen Anschlag kämpfen.

Die Rede Lloyd Georges im Unterhaus.

In seiner Rede im englischen Unterhaus sagte Lloyd George noch, daß deutsche Nationalgesellschaft, das vier Jahre gedemütigt und niedergeschlagen gewesen sei, sei zum ersten Male seit Abschluß des Westenfeldzuges infolge der Belebung des Ruhrgebietes aufgerüttelt worden. Bonar Law habe sein Bestes als treuer Verbündeter getan, Frankreich von seinem Vorgehen abzurufen, und er bitte dringend George Bow, einen weiteren französischen Schritt zu tun, um Frankreich aus der Verstärkung zu lösen, bevor es zu spät sei. Die britische Regierung sollte jetzt eine Aktion unternehmen. Dr. Lloyd George, habe im August 1922 vorschlagen, die ganze Angelegenheit an den Böllerbund zu verweisen, aber Poincaré habe sich geweigert, irgend eine Art aus dem Vertrag ergebende Frage an den Böllerbund zu übertragen. Das sei ein höchst erstaunlicher, absurd und unholziger Standpunkt, da ja auch der Streit zwischen Polen und Deutschland, der aus dem Dersailler Vertrag herrührte, dem Böllerbund mit Zustimmung Frankreichs übertragen worden sei. Außerdem sei die Behauptung, daß der Vertrag, der ganz Westeuropa neu verteilt und von dessen guten oder schlimmen Wirkung die Zukunft Europas abhängt, Nebeneffekt des Böllerbundes

entzogen werden sollte, eine lächerliche Behauptung, die die Regierung nicht annehmen sollte. Also George besitzt Amerika habe die moralische Verpflichtung, zur Sicherung einer Wirkung mitzuwirken. Es sei notwendig, im Verkehr mit Deutschland einen neuen Ton und eine neue Einstellung anzunehmen. Die vorige britische Regierung habe dies auf Wichtigkeit gebracht. Das habe man ihr in Frankreich nicht vergeben. Bonar Law habe aber die französische Regierung ebenso unzugänglich, so sogar noch widerstreitiger gefunden. Bei einem Prozeß habe man es möchten, von dem Gegner Vorabslüsse zu erlangen oder ihn darüber zu machen. Frankreich wolle beides haben, und das sei unmöglich. In den letzten Wochen seien 17 Erfassungen in Frankreich gegen die Regierung ausgetragen. Wenn die Ruhrbelebung noch um einige Wochen zurückgestellt werden wäre, so hätte die französische Regierung nicht mehr dazu übergeben können. Die Voge im Ruhrgebiet sei schwächer, als die französische Regierung ausgedacht hatte. Es sei sicher, daß sie selbst solche Vorgänge nicht vorangesehen habe. Der nationalsozialistische Geist in Deutschland, der seit dem Westenfeldzug gebrochen war, lebe wieder auf. Der Staat Frankreich und der Deutsche, zweier tapferer Nationen, seien einander gegenüber. Wenn Deutschland vernichtet werde, so werden keine Reparationen zu erlangen sein.

Ebenso würde dann die Ruhrbelebung unmöglich werden. Frankreich habe im Ruhrgebiet ein großes Heer stehen, und dadurch sei seine Sicherheit durchaus nicht verbürgt. Wenn England wirklich der Freund Frankreichs sei, müsse es sein Bestes tun, Frankreich aus seiner heutigen Stellung herauszuholen.

Henderson, der ankündigte, daß die Arbeiterviertel den Abänderungsantrag unterschreiben werde, erklärte, die Arbeiterviertel sei weder deutschfreundlich noch französischfreundlich, aber es sei im eigenen Interesse Frankreichs notwendig, daß Sozialisten getan werden, um die Reparationsfrage vom Völkerdebatte und der Sanctionen ins Verborgen zu verlegen.

Bonar Law teilte auf eine Anfrage mit, daß es für die britische Regierung nicht reicht sein würde, mit den beteiligten Staaten darüber zu verhandeln, ob die französische Aktion im Ruhrgebiet mit dem Versailler Vertrag übereinkommen oder nicht, da Amerika an diesem nicht teilgenommen habe.

Lärmszenen im preußischen Landtag.

Die gestrige Sitzung des preußischen Landtages wurde vom Präsidenten mit einem Protest gegen die Gewalttaten der Franzosen im Ruhrgebiet eröffnet. Nachdem kam es bei der zweiten Beratung des Haushaltes der Justizverwaltung zu großen Lärmszenen, als der Präsident Verteilte die Einbringung des Antrages Schulz-Reußdörn (Kommt.), an erster Stelle einen von den Kommunisten eingeführten Antrag zu beraten, der die Regierung aufforderte, ungesäumt Maßnahmen zur Abstellung per Rot des Volkes zu treffen, als der Geschäftsbetrieb nicht entsprechend beendete. Die Kommunisten verhinderten den Berichterstatter für den Justizhaushalt durch dauernde Zwischenrufe am Sprechen. Zur Geschäftsordnung erhob nach dem Bericht des Referenten Frau Wolfstein (Kommt.) gegen den Präsidenten Anklage, daß einer Schiebung ohne gleichen Schuldburg gemacht zu haben, da er den Antrag Schulz-Reußdörn nicht zur Abstimmung brachte. Die Rednerin erhielt wegen eines das Haus bekleidenden Neuerungen einen Ordnungsruf. Sie mußte nach Ablauf der fünf Minuten-Redezeit ihre Ausführungen unterbrechen. Der nun folgende erste Redner der Aussprache stellte infolge des andauernden Lärms unverständlich. Die Kommunisten drangen gegen die Rednertribüne vor. Der Abg. Paul Hofmann wurde die Rednertribüne heruntergestoßen, worauf sich ein großes Durcheinander entwickelte. Der Vorsitz legte sich auch noch fort, als der Vizepräsident sich von seinem Sitz entfernte und damit die Sitzung unterbrach. Die stürmische Auseinandersetzung zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten dauerte bis gegen 5 Uhr, worauf allmählich Ruhe eintrat. Nach Wiederaufnahme der Sitzung um 5.30 Uhr durch den Präsidenten Beinert beendete Hellmann seine Ausführungen.

Der Reichsstadtbund

hielt am 17. bd. Wiss. in Halle a. S. eine Mitgliederversammlung ab. Der Geschäftsführer und Syndikus des Bundes, Dr. Haezel, berichtete eingehend über die auswärtigen Kommunalfragen und der bekannte Bodenreformer Dr. Damaskos über die Grundsteuerreform. Die Versammlung nahm einstimmig mehrere Entschließungen an. Zur Finanznot der Städte werden in einer Entschließung die Reichsregierung und der Reichstag auf die großen Gefahren für die Finanz- und Kreditwirtschaft der Gemeinden, die durch die Verzögerung der Entscheidung des Landesvertrages erwachsen seien, hingewiesen. Gegen das Reichsvertragsgefecht gegenüber den von den Aufsichtsbehörden endgültig genehmigten Bevölkerungsordnungen wird Einspruch erhoben. Hinrichlich der Bevölkerungsordnung werden die Reichs- und die Staatsregierung dringend erürgt, entschiedene Maßregeln zur Sicherung der Ernährung zu treffen und der Reichsstatthalter von Erzeugern und Händlern entgegenzutreten. Insbesondere sei es notwendig, die Frage der Zwangsbeschaffung von Milch, Fett und Kartoffeln ernsthaft zu prüfen. Den wucherhaften Preisen auf dem Gebiete der Fleischversorgung sei durch Festsetzung von Zwangspreisen zu begegnen. Bei Errichtung der neuen Aufbauministerien müsse der preußische Staat mindestens die Hälfte der sächsischen Ausgaben übernehmen. Die Belastungssolidarität seien den Gemeinden voll zu erhalten. Schließlich wurde eine gezielte Bodeneinschätzung gefordert.

Der Schweizerische Volkswettbewerb gegen den Zonenvertrag mit Frankreich.

Die schweizerischen Blätter aller Parteien weisen auf die ungeheure Weite hin, mit der vorgelegten die Schweiz in freier Wahlbestimmung den Vertrag mit Frankreich über die Zonenfrage verworfen hat. Die deutsch-schweizerische Presse betont dabei, daß auch die beiden in erster Linie interessierten westschweizerischen Kantone Genf und Wallis das Abkommen ablehnen. Die westschweizerischen Blätter bedauern lebhaft die Ablehnung, äußern ihre Besorgnis über die weitere Entwicklung und wollen in der vorgelegten Wahlbestimmung zum Teil eine Mündigung, der Deutschschweizer gegen die Ruhrbesetzung seien. Die meisten Blätter aller Landesteile rechnen damit, daß im Falle des Scheiterns neuer Verhandlungen mit Frankreich die Zonenfrage dem Schiedsgericht des Völkerbundes oder dem Ständigen Internationalen Gerichtshof überwiesen werden müsse.

Über die durch die Ablehnung geschaffene Rechtslage sagt der "Schweizer Bund" u. a.: In dem Entscheid liegt eine entschiedene Willenskundgebung des schweizerischen Volkes. Es hat die Haltung der Schweiz in der Zonenfrage auch für spätere Verhandlungen unbedeutig festgelegt. Es darf unter keinen Umständen zugestanden werden, daß ein Vertrag, der unter anderen Völkern abgeschlossen wird, Rechte des Schweiz bestreiten kann. Die Schweiz will diesen klaren und einfachen Rechtsstandpunkt nicht preisgeben, zugunsten der größten Macht des europäischen Kontinents.

"Journal de Genève", das vor der Abstimmung für die Annahme des Vertrages eingetreten war, schreibt u. a.: Das Abkommen ergibt nicht mehr, da es nicht ratifiziert

worben ist. Das Problem darf nicht einseitig von Frankreich gelöst werden. Artikel 488 des Versailler Vertrages äußert sich darüber kategorisch. Es kann hier kein Zweifel bestehen. Eine einseitige Abstimmung würde eine flagante Verletzung des Friedensvertrages bedeuten.

Deutscher Reichstag.

Wt. Berlin, 20. Februar 1928.

Die Beratung des Haushalt des Ministeriums des Innern wird fortgeleitet. In der Einzelberatung wendet sich Dr. Löwenstein (Soz.) gegen eine Verminderung der Mittel für Bildung und Unterrichtswege, sowie 10 Millionen im Staat sei bedenklich wenig. Mehner fordert Verbesserung eines Reichsbahnschulwesens und eines Lehrerbildungsgesetzes, damit dem Reich in diesen Kultusfragen nicht die Führung von den Ländern aus der Hand genommen werde. Außerdem beantragt er eine Nachtragsbewilligung von 5 Millionen zur Unterstützung der Leipziger Lehrerbildung.

Abg. Frau Dr. Matz (D. Vo.) fordert eine Ausprägung unseres Schulwesens im Sinne deutscher bodenständiger Kultur.

Staatssekretär Schulz schlägt sich dem Bedauern der Vorrednerin darüber an, daß sich die Länder der Vereinbarung über die deutsche Aufbauschule zum Teil nicht engeschlossen haben. Die Bewegungen in dieser Richtung sollten daher fortgesetzt werden.

Abg. Dr. Luther (D. Vo.) betont, daß die akademische Jugend mit Freude an vielen guten Alten festhalte und bedauert, daß die Sozialdemokratie gerade an großen Verbindlichkeiten eine scheinende Kritik führt. Die akademische Jugend werde immer auf der Seite derer sein, die fern-deutsch sind und den größten Idealismus zeigen.

Abg. Meier-Sroda (Soz.) wünscht ein einheitliches Reichswahlrechtsgesetz, damit in den Fürsorgeangelegenheiten die Kompetenzstreitigkeiten zwischen Innen- und Arbeitsministerium aufhören.

Staatssekretär von Weltz erklärt, die Regierung arbeite bereits an einer Vereinheitlichung.

Abg. Mumme (Dnat.) bildet die Notlage der Seefahrer, von denen viele nur ein Viertel des Lehrerelikums erhalten und fordert Einsätze des Reiches.

Abg. Erking (A.) wünscht eine Vereinheitlichung aller Zweige der Wohlfahrtspflege.

Minister Oeser betont, daß an der bereits vom früheren Finanzminister Sämisch eingeleiteten Vereinfachung der Verwaltung weiter gearbeitet werde. Dabei werde geprüft werden, ob die Verwaltung der Wohlfahrtspflege neu zu ordnen sei. Das Reich erfüllt eine Ehrenpflicht, wenn es die Notgemeinschaft der Wissenschaft stärker unterhält und eine Notgemeinschaft der Kunst fördere. Sehr zweifelhaft sei es freilich, ob das Reich den Ländern die Verpflichtungen abnehmen könne, die gegenüber den Geistlichen und Kirchenbiennien bestehen. Verhandlungen mit den Ländern seien bereits eingeleitet.

Die Entschließungen des Ausschusses zum Titel Bildungswesen werden hierauf angenommen, ebenso die Entschließung der Sozialdemokratie, der Comenius-Bücherei in Leipzig 5 Millionen zu gewähren.

Angenommen wird ferner ein Antrag, die spanische und englische Sprache auf Kosten der französischen stärker zu berücksichtigen.

Beim Titel Gesundheitswesen legt Direktor Dr. Hamm vom Reichsgesundheitsamt auf Grund einer Urteile dar, daß es mit der deutschen Volksgesundheit von neuem abwärts geht. Die Teuerung verhindert jede gesunde Lebenshaltung, besonders bei den manchen Schichten des Mittelstandes, Kleinrentnern, Witwen, Pensionären und Studenten. Die gewaltigen Preissteigerungen bedeuten für große Volksgruppen Unterernährung mit den damit verbundenen Krankheiten. Erstreckend felgeregt sich die Säuglingssterblichkeit, zumal ein Säuglingsheim nach dem andern wegen Geldmangels eingeht und die Mutter vielen Kindern fehlt. Bei Schulpreisen habe sich gezeigt, daß an manchen Orten 80 Prozent der Kinder unterernährt seien. Die Zahl der Sterbefälle an Tuberkulose habe sich in den Großstädten im letzten Jahr mehr als verdoppelt. In einer südlichen Stadt war jeder zehnte Schulknabe tuberkulös. Mangel an dieser Entwicklung trage die Not der Arztkrankenanstalten, die aus Mangel an Mitteln ihre Aufgaben nicht erfüllen können. Im Ruhrgebiet seien furchtbare Zustände eingetreten, weil dort die französischen Truppen rücksichtlos Wohnungen, Krankenhäuser, Schulen und Lebensmittel beplündern. Es sei kennzeichnend, daß internationale Kongresse zur Bekämpfung von Seuchen in afrikanischen Kolonien verankert würden, während gleichzeitig Frankreichs Vorgehen die Verbreitung der Seuchen im Ruhrgebiet geradezu fördere. Wir seien dem Ausland für seine Hilfe für Kinderleidungen sehr dankbar, aber diese Hilfe allein könne uns nicht retten. Das deutsche Volk müsse selbst auf Rettung hinzu, und die Rettung könne nur kommen, wenn sich in allen Schichten unseres Volkes das Gefühl für soziale Gerechtigkeit steigere.

Nachdem noch die Abg. Kunert (Soz.) und Bind (Dnat.) gegen die unerträgliche Preissteigerung der Medikamente und insbesondere der Salvarsan-Kuren protestiert haben, wird die Weiterberatung auf Mittwoch nachmittag 2 Uhr vertagt.

Schluss nach 6 Uhr.

Kunst und Wissenschaft.

Die Ausgrabung der altromischen Karie. Die italienische Regierung hat, wie aus Rom berichtet wird, die Kirche von San Adriano angekauft, die auf der Stelle des alten Senatshauses der Römer, auf der sogenannten Extra steht. Die Karie, die von dem Kaiser Diokletian neu aufgeführt worden war, wurde durch Papst Honorius I. in die Kirche von San Adriano umgewandelt. Der gegenwärtige Bau kommt aber erst aus dem Jahre 1089. Man will nur an dieser denkwürdigen Stätte Ausgrabungen vereinbaren, und wenn es nötig ist, die Kirche niederrreißen. Der alte Versammlungsort des republikanischen Senats brannte 1858 v. Chr. nieder, und es wurden dann Neubauten von Caesar, Augustus und Domitian aufgeführt, bevor Diokletian seinen Bau errichtete. Man hofft, durch diese Ausgrabungen wichtige neue Funde für die römische Geschichte zu erlangen.

Eine Expedition nach austscheinenden Tieren und Pflanzen. Der Biologe der legendären Shakespear-Expedition, Kapitän O. G. Wilkins, unternimmt jetzt eine neue Expedition nach dem tropischen Australien im Auftrag des Naturwissenschaftlichen Abteilung des Britischen Museums. Seine Aufgabe besteht darin, Pflanzen und Tiere, deren Aussterben man befürchten muß, zu erledigen und für die Menschheit zu retten. Das Hauptgebiet, das ihm reichen Stoff liefern wird, ist das Land, das im Inneren des Berges ruht, liegt, der sich von Victoria zur Torresstraße erstreckt. Die Expedition wird zwei Jahre in Australien bleiben. Das ihrer Beendigung hofft Wilkins eine neue Südpolarreise anzutreten.

Bestellungen auf das täglich erscheinende Missar Tageblatt nimmt seither entgegen Frau Maria Bern. Niedel. Gröba, Allee 2.

Gröba.